



Horst Kahrs (Hrsg.)

WAHLENTHALTUNG

**ZWISCHEN ABWENDUNG,
VERDROSSENHEIT UND DESINTERESSE**

INHALT

Horst Kahrs Zur Einführung	3
Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler, Oliver Decker Wahlurne ohne WählerInnen – eine Analyse der Ursachen für Nichtwahl in Deutschland	11
Dirk Jörke (Nicht-)Wählen in der Postdemokratie	29
Friederike Bahl Institutionenvertrauen und Wahlbeteiligung Zur Leerstelle eines Erklärungszusammenhangs	38
Demokratie wähle ich kreuzweise Eine Initiative der politischen Stiftungen	45
Verzeichnis der AutorInnen	48

Horst Kahrs

ZUR EINFÜHRUNG

1 Eine «Partei der Nichtwähler»?

Die Beteiligung an Wahlen zu demokratisch-repräsentativen Parlamenten war in Deutschland in den zurückliegenden Wahlen erheblich niedriger als vor 40 Jahren. Oft riefen Kommentatoren am Wahlabend eine virtuelle «Partei der Nichtwähler» zur eigentlichen Wahlsiegerin aus. Eine sinkende Wahlbeteiligung wird vielfach als «Gefahr für die Demokratie» gewertet, auch als massenhafte Kritik an einem «undemokratischen Zustand der Demokratie», der «Demokratieverdrossenheit» hervorruft; ebenso als Kritik am Zustand «der Parteien», an ihrer vermeintlichen Ununterscheidbarkeit oder als Ergebnis ihrer Lebens- und Alltagsfremdheit. Alle diese Interpretationen unterstellen ein gemeinsames Motiv und eine gewisse Homogenität der Wahlenthalter. Zumindest verdichten, verkürzen sie auf eine Deutung, sodass diejenigen, die sich nicht beteiligt haben, gleichwohl zu einem nicht unbedeutenden Faktor in der politischen Debatte werden.

In der Tat: Wähler der Unionsparteien, der Linkspartei, der SPD, der Grünen, generell alle, die bei der nächsten Wahl nicht für dieselbe Partei stimmen und auch nicht zu einer anderen Partei wechseln, sondern zu Hause bleiben, eint womöglich ihre Enttäuschung über ihre zuvor bevorzugte Partei und die Abneigung, deshalb zu einer anderen Partei zu wechseln. Liegen dieser Entscheidung aber auch die gleichen Motive zugrunde, sind die Anlässe für die Enttäuschung identisch? Lässt sich also die Enttäuschung zum Beispiel über die Linkspartei mit der Enttäuschung über die Union, die sich aus bestimmten, aber sehr verschiedenen Erwartungen speisen kann, als «Parteienverdrossenheit» verallgemeinern, sodass im Sinne einer «Partei der Nichtwäh-

ler» von einem gemeinsamen Willen ausgegangen werden kann? Das ist mitnichten der Fall. So geben zum Beispiel auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Befragungen an, bestimmte Parteien zu bevorzugen oder zu schwanken, ob sie zur Wahl gehen sollen oder nicht.

In der Wahlforschung werden hinsichtlich der Wahlenthaltung verschiedene Gruppen unterschieden.¹ Grob können drei kategoriale Gruppen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern bzw. Motivlagen nach Häufigkeit, institutioneller Ebene und sozialer Lage voneinander unterschieden werden:

1. Die Häufigkeit der Wahlenthaltung dient als Indikator für die Nähe oder Ferne der Wahlenthalter zu Wahlen und Politik: Handelt es sich um «konjunkturelle» und taktische Nichtwähler, für die die Nichtwahl eine (einmalige) Alternative zur Parteiwahl darstellt, oder handelt es sich um «Dauernichtwähler», die sich mindestens bereits zum zweiten Mal in Folge an einer Wahl nicht beteiligen? Taktische und einmalige Nichtwähler sind meist nicht politikfern. Nur Dauernichtwähler äußern in der Regel kaum oder gar kein Interesse an Politik, an Wahlen und an demokratischer Beteiligung. So gingen bei der Bundestagswahl 2005 3,54 Millionen Nichtwähler der Vorwahl – das waren 28 Prozent aller NichtwählerInnen von 2002 – am Wahltag wählen; 2009 waren es 3,02 Millionen (22 %) und 2013 3,46 Millionen (19%).²
2. Ein weiteres Unterscheidungskriterium ist die politische Bedeutung der Wahlen. Bundestagswahlen gelten als Wahlen erster Ordnung, denen im Alltagsbewusstsein und in der medialen politischen Öffentlichkeit die größte Bedeutung zugemessen und das weitreichendste Interesse entge-

gebracht wird. Wahlen auf der institutionellen Ebene der Kommunen, der Länder und des Europäischen Parlaments gelten hingegen als Wahlen zweiter Ordnung, als weniger wichtig. Die Unterschiede bei der Beteiligung an der Landtagswahl und der Bundestagswahl in einem Land – in den letzten beiden Jahrzehnten gewöhnlich zwischen 10 und 15 Prozentpunkten – spiegeln diese Bedeutungsbeschreibungen wider. Es gibt Wahlberechtigte, die sich regelmäßig an Landtags- und/oder Kommunalwahlen nicht beteiligen, wohl aber an Bundestagswahlen. Kann man sie in die gleiche «Partei der Nichtwähler» sortieren wie diejenigen, die auch an Bundestagswahlen regelmäßig nicht teilnehmen? Und: In Zeiten starker gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen, wie zuletzt 2016 im Rahmen der Flüchtlingspolitik, dienen Landtagswahlen für manche überwiegend nur bundespolitisch Interessierte auch als günstige Gelegenheit, ein bundespolitisches Votum abzugeben, sodass die Beteiligung an Landtagswahlen 2016 fast das Niveau von Bundestagswahlen erreichte.³

3. Die sozialräumliche Lage (Einkommen, Qualifikation, Erwerbsstatus, Wohnlage) ist ein weiteres Kriterium, um bestimmte Segmente der Wahlenthaltung zu charakterisieren. Wahlenthaltung verteilt sich nicht gleichmäßig über alle sozialen Schichten. Wahlberechtigte mit einem niedrigeren formalen Bildungsabschluss gehen seltener wählen, die Wahlbeteiligung von «Arbeitern» lag in der letzten Dekade bei kaum mehr als 50 Prozent. In Stadtvierteln mit unterdurchschnittlichen Einkommen und einem hohen Anteil von Erwerbslosen, NiedriglöhnerInnen und MigrantInnen

(«prekäre Viertel») ist die Wahlbeteiligung deutlich niedriger als in Vierteln mit mittleren oder hohen Durchschnittseinkommen und einem geringeren Anteil von Sozialtransferbeziehenden. Wahlberechtigte mit höheren Qualifikationen und Einkommen und Wahlberechtigte in (gut-)bürgerlichen Wohngebieten kommen auf eine deutlich höhere Beteiligung.

Die soziale Ungleichheit in der Wahlbeteiligung wirft die Frage auf, ob daraus auch eine politische Ungleichheit folgt, also bestimmte soziale Schichten nicht (mehr) angemessen repräsentiert, vertreten und im demokratischen Prozess berücksichtigt sind.

Vor allem der letzte Aspekt, die «soziale Asymmetrie» in der Beteiligung bzw. die «soziale Spaltung der Demokratie» ist nicht zuletzt dank der empirischen Analysen von Armin Schäfer in jüngster Zeit in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Denn im Unterschied zu den beiden anderen Motivbündeln für Nichtbeteiligung wirft die soziale Ungleichheit in der Wahlbeteiligung die Frage auf, ob daraus auch eine politische Ungleichheit folgt, also bestimmte soziale Schichten nicht (mehr) angemessen repräsentiert, vertreten und im demokratischen Prozess berücksichtigt sind. Zuweilen schießt die Debatte über das Ziel hinaus, etwa wenn nahezu die gesamte Nichtwählerschaft unter diesem Aspekt betrachtet wird. Realistisch ist eine Schätzung auf der Basis der Einkommensschichtung der NichtwählerInnen der Bundestagswahl 2013, dass unter den knapp 30 Prozent nicht wählenden Wahlberechtigten etwa sechs bis acht Prozent dieser sozialen Schieflage zuzurechnen sind; wenn man die Beteiligungsquote des mittleren Einkommensfünftels unterstellt bzw. einer Gleichverteilung über alle Einkommensgruppen ausgeht. Bei Landtagswahlen wirkt die

soziale Asymmetrie noch stärker und wird auf deutlich über zehn Prozent der Wahlberechtigten geschätzt.

2 Abnehmende Wahlnorm

Lange Zeit dominierte in Wissenschaft und Politik die Auffassung, dass sich die Wahlhaltung über alle Schichten annähernd gleichmäßig verteile und die Nichtwahl keine Auswirkungen auf die repräsentative Qualität des Wahlergebnisses habe. Eine höhere Wahlbeteiligung würde das Wahlergebnis nicht verändern. Als eine wesentliche Erklärung für den Rückgang wurde eine abnehmende «Wahlnorm» angeführt: In früheren Zeiten sei der Gang ins Wahllokal stärker als eine demokratische Bürgerpflicht begriffen worden. Über die Jahre habe sich diese Norm abgeschliffen, weshalb die Beteiligung bei Jüngeren niedriger sei als bei Älteren. Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen, da die Wahlbeteiligung bei Jüngeren in der Tat seit Jahrzehnten niedriger als bei älteren Jahrgängen liegt und sich dies mit den Alterskohorten fortsetzt. Angenommen jedoch, der demokratische Bürgersinn, der besagt, dass es eine Pflicht sei, sich an Wahlen zu beteiligen, sei früher verbreiteter gewesen und nehme in der Gegenwart weiter ab: Was besagt diese Annahme? Sie verweist erstens auf die Zeit und Mühe, die eine demokratische Gesellschaft für die Weitergabe demokratischer Tugenden und die Einübung in «Demokratie als Lebensweise» (Oskar Negt) aufbringt, sei es beispielsweise in Schule oder politischer Bildungsarbeit. Bekanntlich wird niemand als Demokrat oder Demokratin geboren und schon gar nicht mit dem Bewusstsein, dass es in einer Demokratie so etwas wie eine demokratische Bürgerpflicht geben könnte, sich an der Wahl der Volksvertreter und Volksvertreterinnen zu beteiligen. Mit der Behauptung der abnehmenden Wahlnorm verbindet sich also die These, dass zu wenig in den Erhalt eines lebendigen demokratischen Gemeinwesens

«investiert» würde. Zweitens impliziert das Argument, dass die Wahlbeteiligung in früheren Zeiten mehr aus demokratischer Pflichterfüllung heraus höher war denn aus tatsächlicher Überzeugung, mit der Wahlentscheidung wirklich Einfluss nehmen zu können. Nun aber schmelze die Beteiligung auf den Kreis derjenigen zusammen, die überzeugt seien, auf die Politik per Wahlakt Einfluss nehmen zu können. Damit verbindet sich dann die Frage, warum bei den letzten beiden Bundestagswahlen fast 30 Prozent der Wahlberechtigten, bei Landtagswahlen bis zu 50 Prozent und bei Kommunal- und Europawahlen oft mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten der Auffassung waren, dass mit ihrer Beteiligung keine politische Einflussnahme verbunden sein würde.

Die Bundesrepublik Deutschland kennt keine Wahlpflicht. Eine abnehmende Wahlbeteiligung an sich lässt daher nicht umstandslos auf Verweigerung, mangelndes Systemvertrauen, zivilen Ungehorsam schließen, eher auf Gleichgültigkeit, vielleicht Abwendung, oder auch auf eine «Krise des demokratischen Systems». Anders verhält es sich, wenn gefragt wird: Warum entwickelt sich die Wahlbeteiligung auf den verschiedenen institutionellen Ebenen unterschiedlich? Warum beteiligen sich bestimmte soziale Schichten stärker/schwächer als andere?

3 Verschiebung von kommunaler auf Bundesebene

Ein durchaus prototypisches Beispiel für die alte Bundesrepublik ist Nordrhein-Westfalen: Bis Ende der 1960er Jahre gab es dort bei Kommunalwahlen teilweise eine höhere Beteiligung als bei Landtagswahlen, die Beteiligung bei Bundestagswahlen lag um etwa fünf Prozent höher. Ende der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann die Beteiligung an Kommunalwahlen erstmals signifikant zu sinken, während sie bei Landtagswahlen, vor allem aber bei Bundestagswahlen, weiter anstieg.

Was könnten Gründe für diese Ungleichzeitigkeit gewesen sein?

Die hohe Kommunalwahlbeteiligung in den 1950er und 1960er Jahren spricht für die große Bedeutung, die der kommunale Nahraum in den beiden Jahrzehnten nach dem Kriegsende hatte: Wohnungsbau, Infrastruktur und öffentlicher Nahverkehr, Arbeitsplätze – vieles fiel in die Zuständigkeit der Kommunen und mit Stadtwerken und öffentlichen Woh-

Ab 2005, vor allem aber im Jahr 2009 brach dann die Beteiligung an Bundestagswahlen ein zweites Mal ein.

Es kann also nicht von einer gleichmäßigen Abnahme der Beteiligung auf allen Ebenen die Rede sein, was zu erwarten wäre, wenn allein eine abnehmende Wahlnorm als zentrale Ursache behauptet wird. Vielmehr hat sich (auch) die Bedeutung, die die Bürgerinnen und Bürger einer bestimmten politischen

Ebene zuweisen, verändert. Mehrere Wandlungsprozesse verschränken sich: die Einschränkung der Aufgaben, Freiheiten und der verfügbaren Instrumente der kommunalen

Dem kommunalpolitischen Geschehen wird deutlich weniger Einfluss auf die eigenen Lebensverhältnisse eingeräumt als der Landes- oder gar der Bundespolitik. [...] Der demokratischen Partizipation geht ihr elementarer, alltagsnaher Ort verloren.

nungsunternehmen verfügten die Kommunen auch über die Instrumente, diesen Bedürfnissen nachzukommen. Mit der ersten Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen veränderte sich diese Einheit von Alltagswelt und politischem Raum, es entstand Distanz, Kompetenzen wurden verlagert. Parallel gerieten gemeinnützige und öffentliche Unternehmen unter Druck, indirekte und direkte Privatisierungen begannen. Zudem waren elementare Bedürfnisse erfüllt, andere, landespolitische Aufgaben blieben und wurden wichtig, etwa Bildung, Raum- und Regionalplanung. Die Beteiligung bei Landtagswahlen blieb auch in den 1970er Jahren hoch, während sie bei Kommunalwahlen weiter sank. Die Beteiligung an Bundestagswahlen erreichte 1976 und 1980 mit fast 90 Prozent einen Höhepunkt. Anfang der 1980er Jahre sank dann erstmals die Beteiligung an Landtagswahlen, blieb bei der Bundestagswahl 1983 aber noch hoch. Erst 1987 war sie deutlich niedriger als zuvor. In den 1990er Jahren ging die Beteiligung an Landtagswahlen noch stärker zurück, während diejenige bei Bundestagswahlen stagnierte, 1998 sogar nochmals anstieg.

Selbstverwaltung; die Lockerung des Zusammenhangs von sozialer Alltagswelt und kommunaler, politischer Einheit; die Verwandlung des Stadtbürgers in einen Dienstleistungskunden.

Dem kommunalpolitischen Geschehen wird im Ergebnis deutlich weniger Einfluss auf die eigenen Lebensverhältnisse eingeräumt als der Landes- oder gar der Bundespolitik. Diese Einschätzung trifft sich mit der politischen Entkernung der kommunalen Selbstverwaltung und der Herauslösung der kommunalen Betriebe aus dem kommunalen Haushalt bzw. ihrer Privatisierung. «Die Stadt wandelt sich», resümiert der Stadtsoziologe Walter Siebel die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, «vom politischen Subjekt zum Objekt determinierter Prozesse und Politiken. Sie kann ihre Entwicklung nur noch in begrenztem Maß selbst steuern.»⁴ Mit anderen Worten: Der demokratischen Partizipation geht ihr elementarer, alltagsnaher Ort verloren.

Mit Blick auf die kommunale Demokratie nennt Siebel ein Bündel von empirisch belegbaren Motivlagen für eine Nichtbeteiligung, oder sogar für das «Verschwinden des Stadt-

bürgers»: Für Angehörige der international orientierten Eliten habe die Stadt nur mehr «Hotelfunktion»; «transitorische Migranten» hielten sich nur vorübergehend auf, hätten zum Teil kein Wahlrecht; auch viele junge Menschen seien nur vorübergehend zur Ausbildung in der Stadt; mehr Menschen hätten einen «multilokalen Lebensstil», seien Fernpendler und Fernpendlerinnen unterschiedlichster Art; die Zahl der von Ausgrenzung aus der kommunalen Gemeinschaft Bedrohten steige, also Langzeitarbeitslose, Niedriglöhner, Migranten, deren Situation «politisch der des Proletariats in den großen Städten im 19. Jahrhundert» ähnele – ohne politische Rechte in die kommunale Ökonomie integriert. Es entstünden Stadtviertel, wo allenfalls noch 20 bis 30 Prozent der erwachsenen Bewohner politisch vertreten seien. Mit Blick auf die modern gewordenen Großgemeinden und räumlichen Funktionalisierungen ist, so Siebel weiter, festzustellen: «Weil kommunale Grenzen immer seltener mit dem Alltagsleben der Bewohner übereinstimmen, wird die Identifikation der Bürger mit einer Stadt schwächer. Mehr und mehr Menschen organisieren ihr Leben regional. Sie wohnen in einer anderen Gemeinde als der, in der sie arbeiten, sie versorgen sich im Einkaufszentrum einer dritten, andere kennen sie wiederum nur vom Durchfahren. Diese arbeitsteilige Organisation des Alltags über verschiedene Gemeinden hinweg ist durch die funktionalistische Planung gefördert worden, die verschiedenen Orten verschiedene Nutzungen zugewiesen hat. [...] Ihre Nutzer verhalten sich als Kunden, die die jeweilige Gemeinde als ein Dienstleistungsunternehmen betrachten, von dem sie optimalen Service für ihre speziellen Bedürfnisse verlangen.» Wenn die lokale Ebene eine entscheidende Rolle für das demokratische Leben einer Gesellschaft spielt, wenn «Demokratie von unten wächst», dann spricht Siebel mit diesem Verlust der «Einheit des Alltags» zugleich den Verlust eines zentralen Lernor-

tes der Demokratie (neben dem Betrieb) an: «In der Folge geht die politische Basis für die Kernaufgabe kommunaler Politik verloren, nämlich Kompromisse zwischen zwei konfligierenden Anforderungen an die Stadt zu finden und durchzusetzen.»⁵ (Stadt-)Bürger schließen mit anderen (Stadt-)Bürgern Kompromisse, Kunden mit anderen Kunden nicht.

4 Strukturwandel

Die Beteiligung an Bundestagswahlen sank in zwei Wellen. Die erste Welle deutete sich bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 nach dem Koalitionswechsel der FDP bereits an und machte sich bei der Wahl 1987 deutlich bemerkbar. Beide Wahlen standen unter dem Eindruck sich aufbauender struktureller Massenarbeitslosigkeit, einer harten öffentlichen Debatte über die wachsende Staatsverschuldung und Angriffen auf einen angeblich überbordenden Sozialstaat. Die Erfahrung und Lehre, die vom Arbeitsmarktwandel berührte soziale Schichten daraus ziehen konnten, lautete indes: «Die Politik» hat ihr Versprechen der Vollbeschäftigung nicht einlösen können, die sozialdemokratisch-keynesianische Politik der Zähmung kapitalistischer Krisen hat sich als ohnmächtig erwiesen. Manifest wurde diese Erfahrung in Teilen der Bevölkerung nicht nur durch die vergleichsweise hohe Arbeitslosenzahl, sondern auch in der Hilflosigkeit, mit der Parlamente den Verlagerungen etwa in der Textil-, Werft- und Stahlindustrie oder im Abbau der Kohlekumpel gegenüberstanden. All dies geschah, zumindest aus der Sicht Betroffener, auf dem Höhepunkt sozialdemokratischer (und gewerkschaftlicher) Machtentfaltung. Die Aushöhlung des politischen, sozialstaatlichen Versprechens, einen Schutz und Puffer vor den Entscheidungen der Kapitaleigentümer und -verwalter zu schaffen, förderte den Rückzug aus der Politik bei Angehörigen jener Schichten, die vom sozialen und technologischen Wandel stark negativ betroffen waren. In vielen vormaligen In-

dustriestädten verlor die SPD ihre Mehrheiten unter Arbeiterinnen und Arbeitern, weil ein Teil ihrer Wähler und Wählerinnen zu Hause blieb. Dieses Muster, das Wegbleiben von «Strukturbenachteiligten», verstärkte sich dynamisch. Die erlebte Ohnmacht der Politik gegenüber dem Arbeitsplatzabbau wurde zudem flankiert von der Maxime neoliberaler Ideologie, wonach die Politik sich aus der Wirtschaft heraushalten sollte: Markt vor Staat, womit dann auch die Möglichkeit der Einflussnahme auf wirtschaftliche Entscheidungen, die die eigenen Lebensumstände betreffen, bestritten wurde. In dieser Zeit – Ende der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – kam die Rede von der Politik- und Parteienverdrossenheit auf, eine Interpretation sinkender Wahlbeteiligung, die sich als äußerst funktional für die weitere Selbstentmachtung der Parlamente und den Vorrang der Märkte erwies.

Die zweite Welle setzte mit der «Agenda 2010», den Arbeitsmarktreformen, ein. Deren Botschaft an traditionelle Arbeitnehmerschichten lautet: Nachdem wir, die Politik, weder Vollbeschäftigung noch einen nachhaltigen sozialstaatlichen Schutz im strukturellen Wandel garantieren konnten, wollen wir nun auch nicht mehr den Schutz des erarbeiteten Lebensstandards und den Arbeitnehmerstatus garantieren. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit werden Arbeitnehmer zu Fürsorgeempfängern und zum Objekt sozialstaatlicher Disziplinierung. Aus Bürgerinnen und Bürgern werden bestenfalls Kunden eines Dienstleistungsunternehmens. Die Vorstellung, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuerbeiträgen die öffentlichen Dienste finanzieren, die Versicherten mit ihren Beiträgen die sozialstaatlichen Institutionen, sie also der Souverän sind, ist in vielen Bereichen verloren gegangen.

Mit dem Begriff «marktkonforme Demokratie» fand die Entwertung demokratischer Verfahren einen vorläufigen Höhepunkt. Es sollte verstanden werden, dass es mit dem «Vertrau-

en der Märkte» eine höhere Instanz gebe, der sich demokratische Politik in ihren Verfahren wie in ihren Entscheidungen anzuschmiegen habe, um es nicht mit dem Unwillen der ökonomischen Macht der Finanzmärkte zu tun zu bekommen. Zugleich bedeutet der Begriff Politik nach dem Markt-Modell: Parteien wetteifern um «Kunden» auf einem «Wählermarkt», auf dem sie «Politikangebote» feilbieten. Die Kunden entscheiden sich gemäß ihren Interessen und mit der Absicht, Nutzen zu maximieren. Nach der Entscheidung haben die Parteien «zu liefern», wenn die «Lieferung» ausbleibt, sind die Kunden zu Recht verdrossen und bleiben am Ende dem Markt fern. In diesem Modell von demokratischer Politik ist für so etwas Altbackenes wie eine «Wahlnorm», demokratisches Engagement, Allgemeinwohl und öffentliche Angelegenheiten kein Platz mehr.

5 Rückzug strukturbenachteiligter Schichten

Die auf Dauer angelegte Entwertung früher realisierter sozialstaatlicher Versprechen signalisierte bestimmte Bevölkerungsgruppen, dass ihre Ansprüche und Erwartungen an Arbeit und sozialstaatlichen Schutz nicht mehr Verhandlungsgegenstand demokratischer Politik sein würden. Hierbei handelte es sich aufseiten der politischen Parteien zunächst um einen Abwägungsprozess: Es wäre enorm teuer, nur gegen andere Wählerschichten durchsetzbar und mit ungewissen Erfolgsaussichten versehen gewesen, etwa die Erhaltung der Wertstandorte und Arbeitsplätze durchzusetzen oder für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Wenn in den betroffenen Regionen und Vierteln darauf enttäuscht mit Wahlenthaltung reagiert wurde, entstand als Nächstes aufseiten der Parteien die Frage, ob sich der Aufwand finanziell und politisch rechne, aus Nichtwählern wieder Wähler machen zu wollen. Der Rückzug strukturbenachteiligter Schichten aus der demokratischen Partizipa-

tion entlastete die Parteien von schwer erfüllbaren Erwartungen und führte zu einer abnehmenden Repräsentation und im Ergebnis zu der beschriebenen sozialen Schieflage in der Partizipation bzw. «Nichtwahl als Klassenwahlverhalten». Die Konsequenz lautet: Arme, strukturell Benachteiligte gehen seltener wählen, soziale Ungleichheit übersetzt sich in politische Ungleichheit, die Themen und Ansichten der unteren sozialen Schichten finden viel seltener Eingang in politische Entscheidungen.⁶

6 Demokratie wähle ich kreuzweise

2015 und 2016 kam es unter dem Motto «Demokratie wähle ich kreuzweise» zu einer gemeinsamen Initiative der parteinahen Stiftungen der Bundestagsparteien zum Thema Wahlenthaltung. Dabei ging es weniger um die Hoffnung, rasch wirkende Patentrezepte für eine Steigerung der Wahlbeteiligung zu verabreden. Vielmehr stand der Austausch der unterschiedlichen Erklärungen für eine steigende Wahlenthaltung im Mittelpunkt. So wenig, wie es «den Nichtwähler» gibt – sondern eine Vielzahl von Gründen nicht zu wählen, so wenig gibt es auch den einen Königsweg zur Steigerung der Wahlbeteiligung.⁷

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung legte ihren Schwerpunkt in dieser Zusammenarbeit auf die soziale Schieflage in der Partizipation und auf die unterschiedlichen sozialstrukturellen Voraussetzungen für die demokratische Beteiligung. Entsprechend sieht die Rosa-Luxemburg-Stiftung vor allem Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten weniger auf der Ebene der Wahl-Technologie (bspw. Wahllokale, Öffnungszeiten, Online-Wahl) als auf der strukturell-inhaltlichen Ebene: Rückgabe von Kompetenzen an die lokale Ebene, Ausbau statt Kürzung der Demokratieerziehung und der politischen Erwachsenenbildung, inklusive Formen der Beteiligung mit niedrigen Einstiegsschwellen, Stärkung demokratischer

Institutionen und parlamentarischer Repräsentation gegenüber den ökonomisch Mächtigen. Es kann niemand zur Beteiligung gezwungen werden, aber der Auffassung, dass (Wahl-)Beteiligung mit den eigenen Lebensverhältnissen nichts zu tun habe, oder dass Politik ohnehin nichts ändern könne, kann entgegengewirkt werden.

Die Beiträge in diesem kleinen Sammelband entstanden im Zusammenhang verschiedener Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Thematik Wahlenthaltung im Rahmen dieser stiftungsübergreifenden Kooperation.

Stellen NichtwählerInnen eher ein Potenzial für linksorientierte Parteien dar? Oder gilt: Weil sie aus Enttäuschung über linksorientierte Parteien zu NichtwählerInnen wurden, wählen sie eher rechts, wenn sie wieder wählen würden? Diese Frage stellt den Hintergrund des Beitrages von Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler und Oliver Decker, die 2016 die Leipziger «Mitte»-Studie über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen erarbeiteten. Sie wurde 2016 finanziell von der Otto-Brenner-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.⁸ Im Anschluss an die öffentliche Vorstellung der Studie wurde eine vertiefte Auswertung der Datenerhebung für bekennende und schwankende Nichtwählerinnen und Nichtwähler vereinbart. Denn die Befunde widersprachen einer verbreiteten Vorstellung, nach der sich die Parteipräferenzen der Nichtwählenden annähernd gleichmäßig über alle Parteien verteilen, womöglich sogar zugunsten linker Parteien ausschlagen könnten. Die Befragung im Frühjahr 2016 hatte nun aber eine erhebliche Nähe des statistisch durchschnittlichen Nichtwählers zu Positionen ergeben, die besonders stark von Personen vertreten wurden, die sich bei der Sonntagsfrage für die AfD entschieden. Die Fragestellung im Hintergrund der vertieften Auswertung der Datenerhebung vom Frühjahr lautete mithin: Stellen also die Nicht-

wähler und Nichtwählerinnen ein besonders günstiges Wählerpotenzial für die AfD dar?

Der Beitrag von Dirk Jörke befasst sich aus demokratietheoretischer Sicht mit den möglichen Motiven von Nichtwählern und Nichtwählerinnen. Die zentralen Überlegungen stellte Dirk Jörke auf einer Veranstaltung im Juni zur Diskussion: Ausgehend von der sozialen Asymmetrie der Wahlenthaltung setzt er sich kritisch mit der «Postdemokratie» und der «simulativen Demokratie» auseinander, um dann der «Rationalität der Nichtwahl» nachzuspüren.

Friederike Bahl hat für diesen Band Ergebnisse ihres qualitativen Forschungsprojektes zu Lebensmodellen des modernen Dienstleistungsproletariats⁹ zugespitzt. Ausgehend vom Begriff des «Gesellschaftsbildes» der Arbeits- und Industriesoziologie fragt sie nach dem Bild, welches sich Angehörige moderner einfacher Dienstleistungsberufe von der Gesellschaft und ihrem Platz darin machen. Welche Handlungshorizonte und -möglichkeiten halten diese Vorstellungen bereit und welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für die Partizipationsbereitschaft und -fähigkeit ziehen? Woran es, mit Blick auf die Wahlenthaltung, fehle, sei weniger das «Institutionenvertrauen» als vielmehr das Vertrauen in die Gestaltbarkeit von Gesellschaft überhaupt.

Zum Schluss wird die gemeinsame Erklärung der sechs an der Kooperation beteiligten politischen Stiftungen dokumentiert.

1 Vgl. hierzu die beiden Literaturstudien für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die dort aufgeführten Nachweise: Kahrs, Horst: Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studie, Berlin 2012; Kahrs, Horst: Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten. Zu neueren Befunden aus der Wahlforschung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers, Berlin 2015. **2** Berechnet auf Basis der Wählerstromkonten für die Bundestagswahlen von der Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung Infratest dimap, unter: www.infratest-dimap.de. **3** Die gestiegene Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2016 wurde vielfach so interpretiert, dass die AfD die NichtwählerInnen mobilisieren konnte. Tatsächlich aber war die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2014 und 2015 trotz AfD-Antritt gesunken und die gesellschaftspolitische Richtungsdebatte zur Zuwanderung war der Grund für die gestiegene Partizipation 2016. Aber auch die zugespitzte Personalisierung (Kretschmann, Dreyer, Sellering) mobilisierte zum Teil mehr ehemalige NichtwählerInnen als die AfD. Von einem allgemeinen Rückgang der DauernichtwählerInnen kann jenseits von Einzelfällen jedoch erst gesprochen werden, wenn die Beteiligung über das Niveau der Bundestagswahlen gestiegen wäre. **4** Siebel, Walter: Die Kultur der Stadt, Berlin 2015, S. 51–57. **5** Ebd. **6** Ausführlich ist diese sich wechselseitig verstärkende Spirale analysiert bei Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M. 2015; Elsässer, Lea/Schäfer, Armin: Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany, MPIfG Discussion Paper 16/3, Köln 2016 (siehe auch beider Studie für den jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS): Systematisch verzerrte Entscheidungen?, unter: www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf?__blob=publicationFile&v=2. **7** Die Zusammenarbeit, insbesondere die gemeinsame Fachkonferenz, ist hier dokumentiert: www.rosalux.de/dossiers/archiv/demokratie-waehle-ich-kreuzweise/. **8** Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016. **9** Bahl, Friederike: Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft, Hamburg 2014.

Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler, Oliver Decker

WAHLURNE OHNE WÄHLERINNEN - EINE ANALYSE DER URSACHEN FÜR NICHTWAHL IN DEUTSCHLAND

1 Einleitung

In Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes wird die Ausübung aller Staatsgewalt durch das Volk festgelegt und die Legitimierung politischer RepräsentantInnen durch Wahlen begründet.¹ In einer repräsentativen Demokratie, wie sie die Bundesrepublik Deutschland darstellt, beschreibt die Institution der Wahl den Prozess der zeitlich begrenzten Übertragung politischer Verantwortung durch die Herrschaftsuntergebenen an die HerrschaftsträgerInnen, mit dem Ziel, eine durch das Volk legitimierte Regierung zu ermöglichen. «Die Wahl der Abgeordneten eines Parlamentes [...]» ist folgerichtig «die elementarste Form demokratischer Partizipation.»² Aufgrund ihrer Bedeutung wird sie auch «als einzige Beteiligungsform von der überwiegenden Mehrheit der Bürger wahrgenommen»³ und kann somit zur Stärkung der Demokratie beitragen.⁴

Trotz der hohen Bedeutung von Bundestagswahlen und des geringen Aufwands, der für den Gang zur Wahlurne aufgebracht werden muss, ist seit langer Zeit ein stetiger Rückgang der Wahlbeteiligung zu konstatieren. Traten zwischen 1990 und 2005 noch durchschnittlich 79,1 Prozent der BürgerInnen an die Wahlurne, sank dieser Anteil im Jahr 2009 auf den bisher niedrigsten Stand mit 70,8 Prozent und erholte sich bis 2013 nur leicht auf 71,5 Prozent.⁵ Wesentlich dramatischer

stellt sich die Situation bei den sogenannten *second-order elections*, den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen dar.⁶ In Brandenburg gaben 2014 nur 47,9 Prozent der BürgerInnen ihre Stimme ab. Auch wenn die politischen Entwicklungen der letzten beiden Jahre wieder mehr WählerInnen mobilisierte, lag die Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bei nur 70,4 Prozent, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gerade einmal bei knapp 62 Prozent.⁷ Diesen empirischen Beobachtungen folgend stellen die NichtwählerInnen mit durchschnittlich 30 Prozent eine durchaus bedeutsame Gruppe innerhalb der deutschen Wahlberechtigten dar, sodass eine eingehendere Betrachtung dieser Gruppe notwendig ist.⁸ Der vorliegende Beitrag widmet sich folglich der Frage: Welche Faktoren begründen, dass BürgerInnen ihrer staatsbürgerlichen Verpflichtung, der Teilnahme an Wahlen, nicht mehr nachkommen?

Für eine tiefergehende Analyse von NichtwählerInnen erfolgt zunächst eine klare Abgrenzung, wann es sich im klassischen Sinn um NichtwählerInnen, unentschlossene WählerInnen oder WählerInnen handelt. Darüber hinaus werden die in der Literatur diskutierten Typen von NichtwählerInnen kurz umrissen. Es folgen einige theoretische Vorüberlegun-

Traten zwischen 1990 und 2005 noch durchschnittlich 79,1 Prozent der BürgerInnen an die Wahlurne, sank dieser Anteil im Jahr 2009 auf den bisher niedrigsten Stand mit 70,8 Prozent und erholte sich bis 2013 nur leicht auf 71,5 Prozent.

gen, wodurch das (Nicht-)Wahlverhalten von BürgerInnen beeinflusst bzw. erklärt werden kann. Hierbei werden ausschließlich individuelle Erklärungsfaktoren betrachtet. Potenzielle Makroindikatoren, wie das Wahlrecht, das Wahlsystem und das Parteiensystem, bleiben in der vorliegenden Analyse unberücksichtigt. Demzufolge werden auch keine Aussagen über generelle Entwicklungen im Nichtwahlverhalten in der Bundesrepublik getroffen,⁹ sondern nur die aktuellen Einstellungen und Erklärungsfaktoren für die (Nicht-)Wahl berücksichtigt. Anhand deskriptiver Statistiken, basierend auf den Daten der Leipziger «Mitte»-Studie 2016¹⁰ werden diese Vorüberlegungen empirisch überprüft, inhaltlich eingeordnet und in einem Fazit zusammengefasst.

2 Theoretische Konzeption

Die Konzepte zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens finden ihren Ursprung überwiegend in Studien, die sich mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen beschäftigen.¹¹ Basierend auf diesen Erkenntnissen werden seit vielen Jahren auch in Deutschland umfangreiche Analysen verfasst, die untersuchen, warum BürgerInnen sich für eine bestimmte Partei entscheiden. NichtwählerInnen stellen in diesem Kontext eher eine Randnotiz dar. Lediglich bei der Angabe der prozentualen Wahlteilnahme wird auf sie rekuriert, die dahinterliegenden Gründe bleiben aber meist unergründet. Da die NichtwählerInnen ebenfalls zur Gruppe der Wahlberechtigten zählen, eignen sich die Faktoren, die eine Teilnahme an Wahlen erklären können, auch für eine tiefergehende Untersuchung der NichtwählerInnen.

2.1 Typen und Gruppen von NichtwählerInnen

NichtwählerInnen unterscheiden sich primär von WählerInnen durch ihre Verweigerung der Wahlteilnahme. BürgerInnen, die bei einer Wahl ihren Wahlzettel ungültig machen,

indem sie keine der vorgeschlagenen KandidatInnen oder Parteien ankreuzen oder ihn anderweitig entwerten, gelten dagegen als WählerInnen. Darüber hinaus gibt es eine Gruppe von Personen, die zum Befragungszeitpunkt noch nicht wissen, welche Partei sie wählen oder ob sie überhaupt an der Wahl teilnehmen und daher als unentschlossene WählerInnen bezeichnet werden. Innerhalb der Gruppe der NichtwählerInnen können grundsätzlich vier Typen differenziert werden:¹²

Bei den *unechten NichtwählerInnen* handelt es sich um Personen, von denen nicht bekannt ist, aus welchem Grund und vor allem, ob sie willentlich der Wahl fernbleiben. Bei ihnen begründet sich die Nichtwahl beispielsweise durch einen Auslandsaufenthalt, einen Umzug oder eine Krankheit, die eine Wahlteilnahme verhindern. Darüber hinaus gibt es Wahlberechtigte, die bereits verstorben aber noch im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Der zweite Typus, die *grundsätzlichen NichtwählerInnen*, stellt die Mehrheit der NichtwählerInnen dar. Sie lassen sich grundsätzlich als politikferne und sozial schlecht integrierte Randgruppen oder Minderheiten beschreiben, die in ihrer Wahlteilnahme keinen Mehrwert für die persönliche oder gesellschaftliche Entwicklung sehen. Andere, dieser Gruppe zugehörige Personen, lehnen Wahlen aus religiösen Gründen ab. Ein weiterer Typ sind die *konjunkturellen NichtwählerInnen*, die besonders bei *second-order elections* einen großen Anteil der gesamten Nichtwählerschaft stellen. Diese Gruppe wägt die Bedeutung jeder Wahl individuell für sich ab. Eine Teilnahme an nationalen Parlamentswahlen ist hierbei wesentlich wahrscheinlicher als die Teilnahme an Europawahlen. Der vierte Typ, die *bekennenden NichtwählerInnen*, ist grundsätzlich politisch interessiert, aber unzufrieden mit dem politischen Führungspersonal, der Regierungspolitik, den Parteien oder mit der Funktionsweise der Demokratie insgesamt. Ihre Nichtwahl ist Ausdruck einer Verweigerungs-

haltung gegenüber dem politischen System und seinen AkteurInnen.¹³

Die empirische Erfassung von NichtwählerInnen stellt sich grundsätzlich schwierig dar, da in Deutschland noch immer die Tendenz vorherrscht, die eigene Nichtbeteiligung an Wahlen zu verleugnen. Gemäß der sozialen Erwünschtheit sind die BürgerInnen der Überzeugung, dass eine Teilnahme an Wahlen eigentlich eine Bürgerpflicht darstellt. Empirisch lassen sich nur Erkenntnisse für die Bekennenden und grundsätzlichen NichtwählerInnen gewinnen, die unechten und konjunkturellen NichtwählerInnen müssen aufgrund der Datenlage vernachlässigt werden.¹⁴

2.2 Soziologische Erklärungsansätze der Nichtwahl

Für die Teilnahme am politischen Prozess in Form von Wahlen sind neben situativen (u. a. mobilisierende Ereignisse oder Konflikte) und gruppenbezogenen Einflüssen (u. a. Peergroups) vor allem die subjektiven Einstellungen von Bedeutung.¹⁵ Diese Einflussfaktoren lassen sich in drei Theoriestränge unterteilen: den soziologischen Ansatz, den sozialpsychologischen Ansatz und den Rational-Choice-Ansatz.¹⁶

Die Erklärungslogik des soziologischen Ansatzes beruht auf der Überlegung, dass politische Einstellungen maßgeblich im individuellen Sozialisationsprozess durch die Familie, die Schule und den Freundeskreis geprägt werden. In der Folge versuchen Individuen, sich ein möglichst homogenes Netzwerk sozialer Kontakte (Familie, Schule, berufliches Umfeld) aufzubauen, in dem die eigenen Einstellungen bestätigt und verfestigt werden. Bei häufigen Wechsels der sozialen Kontakte wächst allerdings der individuelle Anpassungsdruck, sodass die eigenen politi-

schen Präferenzen und Einstellungen immer wieder hinterfragt werden.¹⁷ In welchem sozialen Umfeld sich ein Mensch bewegt, wird maßgeblich durch soziostrukturelle und sozioökonomische Merkmale bestimmt. So finden sich in der Literatur Hinweise darauf, dass das Wahlverhalten im Lebenszyklus s-förmig verläuft:¹⁸ Nachdem häufig die erste Wahlmöglichkeit wahrgenommen wird, kommt es aufgrund der wachsenden räumlichen Mobilität in der Ausbildungsphase häufig zur Nichtwahl. Während der Erwerbszeit wächst hingegen das Bewusstsein, dass wählen gehen eine Staatsbürgerpflicht ist, die erst im hohen Alter aufgrund von eingeschränkter Mobilität wieder abnimmt.¹⁹ Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der Wahlbeteiligung sind nur noch sehr gering ausgeprägt²⁰ und «haben sich im Laufe der Zeit fast vollständig nivelliert».²¹ Darüber hinaus ist ein theoretisch begründeter Zusammenhang hinter dem Einflussfaktor Geschlecht in der Literatur nicht zu finden.²² Der Einbezug des Geschlechts in die vorliegende Analyse erklärt sich somit aus dem Interesse, ob Unterschiede zwischen den Geschlechtern vorhanden sind. Wesentlich einflussreicher ist die indivi-

Studien legen nahe, dass es einen großen Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen hoch- und niedriggebildeten BürgerInnen gibt und sozial Benachteiligte eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, nicht zu wählen.

duelle Ressourcenausstattung, operationalisiert über das Bildungsniveau, den Beruf und das Einkommen.²³ Studien legen nahe, dass es einen großen Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen hoch- und niedriggebildeten BürgerInnen gibt und sozial Benachteiligte eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, nicht zu wählen.²⁴ Da der Bildungsabschluss auch das zur Verfügung stehen-

de Einkommen beeinflusst, ist zu vermuten, dass «vor allem Menschen mit einer geringeren Ressourcenausstattung (Bildung und Einkommen) überdurchschnittlich häufig Wahlen fern[bleiben]». ²⁵

2.3 Einstellungen von NichtwählerInnen: Sozialpsychologische Erklärungsansätze der Nichtwahl

Jenseits der objektiv beobachtbaren Attribute, die das (Nicht-)Wahlverhalten determinieren, sind eine Reihe von sozialpsychologischen Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Zentral sind an dieser Stelle die Parteienidentifikation, das generelle politische Interesse sowie das Vertrauen in die politischen AkteurInnen und Institutionen. Die Parteienidentifikation beschreibt die lange emotionale Bindung eines Individuums an eine Partei. ²⁶ Die zunehmende Modernisierung und Individualisierung der Gesellschaft bedingt jedoch eine Abschwächung der traditionellen Gruppen- und Milieuzugehörigkeit, was zu einer verstärkten Entfernung der WählerInnen von den Parteien führt. ²⁷ Ein ebenfalls starker Prädiktor für eine potenzielle Wahlteilnahme stellt das grundlegende Interesse für politische Sachverhalte dar: «Je stärker die individuelle psychologische Einbindung ist, desto höher ist die Bereitschaft zur Wahl.» ²⁸ Eng damit verknüpft ist das politische Bewusstsein, mit der eigenen Stimme Einfluss auf den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess ausüben zu können. Je geringer dieses Gefühl der *political efficacy* ausgeprägt ist, desto geringer ist die Bindung einer Person an das politische System und desto unwahrscheinlicher ist ihre Teilnahme an politischen Wahlen. ²⁹ Grundlegend für eine Parteibindung, ein hohes politisches Interesse und das damit verbundene Gefühl der eigenen politischen Wirksamkeit

ist das Vertrauen, dass die BürgerInnen sowohl dem politischen System selbst, als auch den politischen AmtsträgerInnen entgegenbringen müssen. Die rückläufige Wahlbeteiligung wird in diesem Kontext als Anzeichen eines nachlassenden Vertrauens gewertet und in der deutschen Debatte unter dem Begriff der politischen Verdrossenheit diskutiert. ³⁰ Politikverdrossenheit umschreibt dabei das Gefühl einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen AkteurInnen. Maier schlägt daher vor, den Begriff als mehrdimensionales Konzept zu begreifen und unterscheidet zwischen «Politiker-, Parteien-, Demokratie- und Staatsverdrossenheit». ³¹ Die hier ausgeführten soziologischen und sozialpsychologischen Ansätze zur Erklärung des (Nicht-)Wählerverhaltens sind keinesfalls erschöpfend, sondern dienen vielmehr als Leitfaden, an dem sich die folgende deskriptive Auswertung der NichtwählerInnen in der «Mitte»-Studie orientiert.

3 Struktur und Einstellungen der NichtwählerInnen

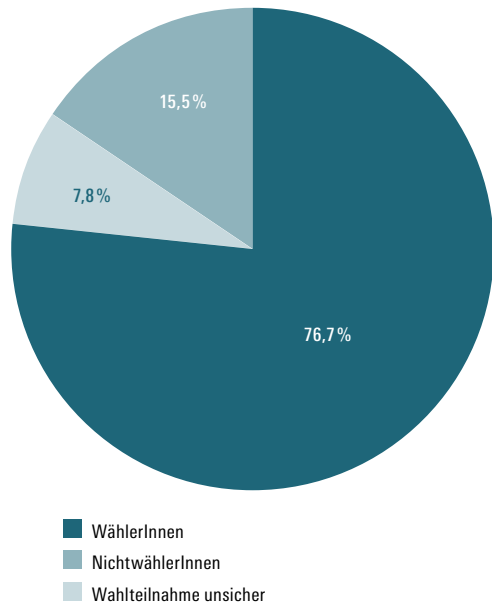
Wie bereits kurz angesprochen, werden in dem vorliegenden Beitrag die Personen untersucht, die in der Leipziger «Mitte»-Studie 2016 angegeben haben, dass sie nicht an der kommenden Bundestagswahl 2017 teilnehmen werden. Bei der Leipziger «Mitte»-Studie handelt es sich um eine bundesweite repräsentative Umfrage, die seit 2002 in einem zweijährigen Rhythmus durchgeführt wird. ³² Ein besonderer Fokus liegt dabei auf rechtsextremen Einstellungen, Vorurteilen und autoritären Orientierungen und ihrer Veränderungen im Verlauf der Jahre. ³³ Die Auswertung der aktuellen Daten erfolgt unter Verwendung deskriptiver Häufigkeitsauszählungen, Kreuztabellen und bivariater Korrelationsmaße. ³⁴

3.1 WählerInnen, unentschlossene WählerInnen und NichtwählerInnen

Für die Leipziger «Mitte»-Studie wurden insgesamt 2.524 Personen befragt, von denen 51 (2,0%) keine Angabe darüber gemacht haben, ob sie, sofern am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, daran teilnehmen oder nicht. Von den verbleibenden 2.473 Personen mit gültigen Antworten (98% der gesamten Befragten), geben 190 Personen (7,5%) an, nicht wahlberechtigt zu sein. Von diesen unechten NichtwählerInnen erfüllen 84 Personen (44,2%) nicht das erforderliche Mindestalter von 18 Jahren und 104 Personen (54,7%) besitzen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, eine weitere Grundvoraussetzung für eine Wahlteilnahme. In die weitere Analyse werden folglich nur die Personen einbezogen, die eine gültige Angabe gemacht haben und wahlberechtigt sind, sodass sich die Stichprobe auf 2.283 Personen (90,5% aller Befragten) reduziert.

Insgesamt geben 1.750 Personen (76,7%) an, bei einer Bundestagswahl teilzunehmen und werden dementsprechend als WählerInnen klassifiziert. Demgegenüber sind 178 Personen (7,8%) als unentschlossene WählerInnen zu klassifizieren. Insgesamt 355 Personen (15,5%) geben an, dass sie nicht zur Wahl gehen und folglich als NichtwählerInnen einzustufen sind. Das Verhältnis von WählerInnen, unentschlossenen WählerInnen und NichtwählerInnen ist in Abbildung 1 dargestellt. Es ist deutlich zu erkennen, dass die für diese Analyse interessante Personengruppe mit insgesamt 23,3 Prozent nahezu ein Viertel der wahlberechtigten Befragten ausmacht und damit für das Ergebnis der kommenden Bundestagswahl im Falle ihrer Mobilisierung als durchaus relevant einzustufen ist.

Abb. 1: (Nicht-)Wählergruppen



3.2 Soziostrukturelle und sozioökonomische Merkmale der (Nicht-)Wählergruppen

Wie theoretisch ausgeführt, gibt die Auswertung der soziostrukturellen und sozioökonomischen Merkmale der NichtwählerInnen erste Hinweise auf Faktoren, die das Fernbleiben dieser Gruppe von den Wahlurnen begründet. Durch einen Vergleich mit der Gruppe der WählerInnen und den unentschlossenen WählerInnen werden hier gegebenenfalls bereits mögliche Besonderheiten der NichtwählerInnen sichtbar. Zunächst werden alle drei Wählergruppen hinsichtlich ihres Geschlechts, ihrer Altersstruktur und ihres formalen Bildungsgrades verglichen.

Abb. 2: (Nicht-)Wählergruppen nach Geschlecht

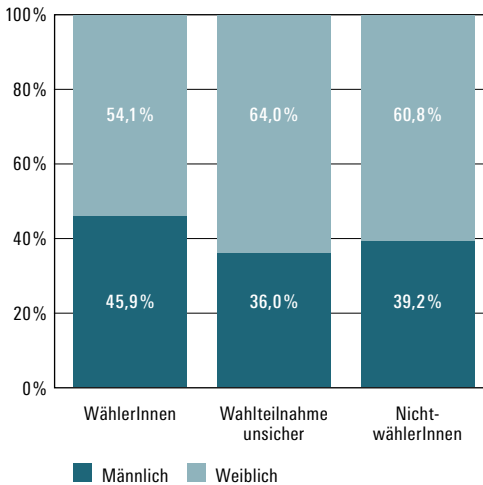
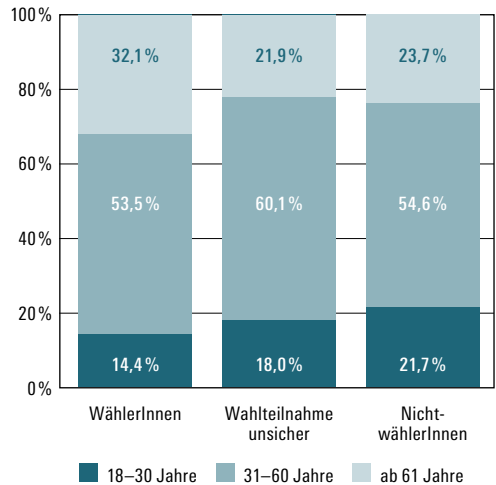


Abb. 3: (Nicht-)Wählergruppen nach Altersstruktur

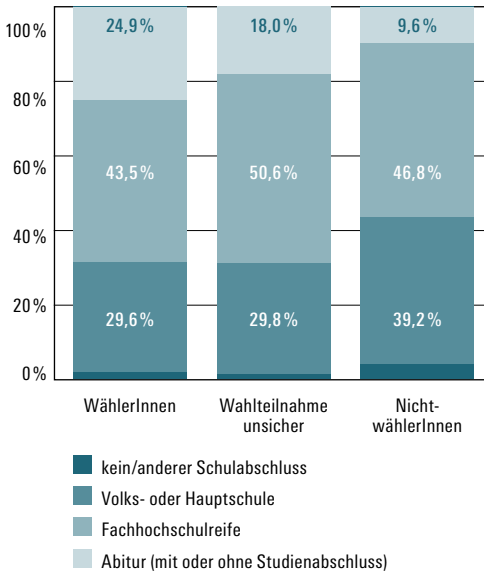


Obwohl geschlechterspezifische Unterschiede bei der Partizipationsbereitschaft in der Theorie nicht mehr als relevant betrachtet werden, so zeigt sich in Abbildung 2, dass der Frauenanteil unter den unentschlossenen WählerInnen (10 Prozentpunkte) und unter den NichtwählerInnen (7 Prozentpunkte) deutlich höher liegt, als bei der Gruppe der WählerInnen. Weitere Unterschiede in der politischen Partizipationsbereitschaft basieren den theoretischen Argumentationen folgend (Kapitel 2) auf einer unterschiedlichen Altersstruktur, einem ungleichen Bildungsniveau und einem divergierenden politischen Interesse.³⁵

Ein Vergleich der Altersstruktur unter den Wählergruppen in Abbildung 3 zeigt, dass der Anteil der jungen Personen zwischen 18 und 30 Jahren unter den NichtwählerInnen am größten ist, gefolgt von den Unentschlossenen. Zudem ist der Anteil der alten Bevölkerung über 61 Jahre unter den Unentschlossenen und den NichtwählerInnen im Vergleich zu den WählerInnen deutlich geringer. Diese Ergebnisse sprechen für die These, dass die Norm, seiner Staatsbürgerpflicht nachzukommen, mit steigendem Alter einen positiven Einfluss auf die Wahlteilnahme ausübt. Junge Menschen kehren dagegen der staatsbürgerlichen Partizipation verstärkt den Rücken und versuchen über unkonventionelle Partizipationskanäle Einfluss auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu nehmen.³⁶

Junge Menschen kehren der staatsbürgerlichen Partizipation verstärkt den Rücken und versuchen über unkonventionelle Partizipationskanäle Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess zu nehmen.

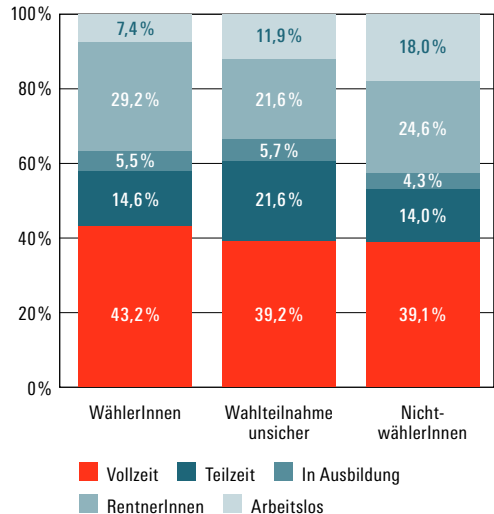
Abb. 4: (Nicht-)Wählergruppen nach höchstem Schulabschluss



Die Gruppierung der Wählergruppen gemäß ihres höchsten Schulabschlusses in Abbildung 4 zeichnet ebenfalls ein theoriekonformes Bild. Es wird angenommen, dass bei BürgerInnen mit einem höheren Schulabschluss die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme deutlich größer ausgeprägt ist, als bei Personen mit einem niedrigen Schulabschluss. Sie tendieren eher zur Nichtwahl. In den empirischen Befunden zeigt sich, dass der Anteil der Personen, die mindestens das Abitur als höchsten Schulabschluss besitzen, unter den WählerInnen (24,9%) deutlich größer ist als unter den Unentschlossenen (18%) und noch deutlicher im Vergleich zu den NichtwählerInnen (9,6%). Hingegen ist der Anteil der Personen, die keinen Schulabschluss, einen anderen Schulabschluss oder einen Volks- oder Hauptschulabschluss besitzen, unter den NichtwählerInnen mit über zehn Prozentpunkten deutlich höher als unter den Unentschlossenen und den WählerInnen. Der Bildungsgrad ist eng mit den weiteren sozio-

ökonomischen Faktoren, der Erwerbstätigkeit und dem Haushalteinkommen, verknüpft. Der Theorie folgend neigen Personen, die sich in der Ausbildung befinden, wie auch RentnerInnen und Arbeitslose eher zur Nichtwahl. Bezogen auf das Einkommen fühlen sich Personen mit niedrigem Einkommen eher sozial benachteiligt und politisch weniger vertreten. Dies führt zu einer Zunahme von politischem Desinteresse, sozialer Deprivation und der Tendenz zur Nichtwahl.

Abb. 5: (Nicht-)Wählergruppen nach Erwerbstätigkeit



Bei dem Vergleich der Wählergruppen in Bezug auf ihre Erwerbstätigkeit in Abbildung 5 ist ersichtlich, dass der Anteil der Arbeitslosen mit 18 Prozent bei den NichtwählerInnen im Vergleich zu den Unentschlossenen (11,9%) und den WählerInnen (7,4%) deutlich höher ausfällt. Für RentnerInnen und in der Ausbildung befindliche Personen lassen sich die theoretischen Annahmen nicht bestätigen. Ihr Anteil ist in allen (Nicht-)Wählergruppen auf einem ähnlichen Niveau. Ein auffälliger Unterschied zeigt sich zwischen den Unentschlossenen, den NichtwählerInnen als auch Wähle-

Die materielle Ressourcenausstattung hat damit offenbar einen beträchtlichen Einfluss auf die Entscheidung, der Wahlurne fern zu bleiben.

rInnen bezüglich des Anteils der Personen, die in Teilzeit arbeiten. Ihr Anteil ist bei den Personen, die unentschlossen sind, um circa acht Prozentpunkte höher als bei den anderen beiden Wählergruppen.

Abb. 6: (Nicht-)Wählergruppen nach Haushaltseinkommen

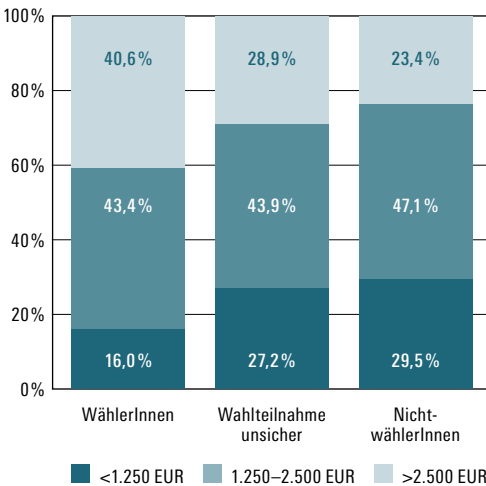
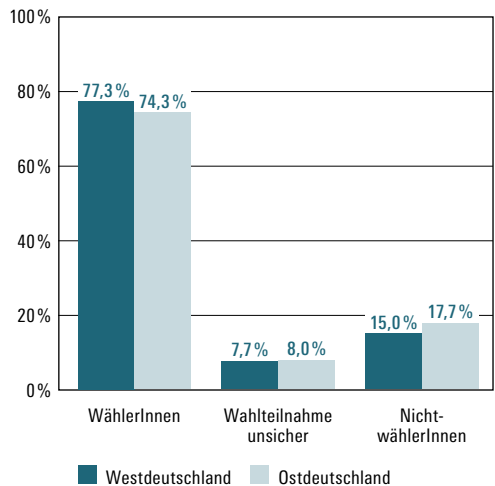


Abbildung 6 stellt die (Nicht-)Wählergruppen entsprechend ihres Haushaltseinkommens gegenüber. Die Verteilung zeichnet auch hier ein theoriekonformes Bild: BürgerInnen, die angeben über ein mittleres oder hohes Haushaltseinkommen zu verfügen, tendieren überproportional häufiger zur Teilnahme an Wahlen. Unter den NichtwählerInnen und unentschlossenen WählerInnen ist der Anteil der Menschen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen nahezu doppelt so hoch wie in der Gruppe der WählerInnen. Die materielle Ressourcenausstattung hat damit offenbar einen beträchtlichen Einfluss auf die Entscheidung, der Wahlurne fern zu bleiben.

3.3 Politische Einstellungen der (Nicht-)Wählergruppen

Auch 25 Jahren nach der Wiedervereinigung lassen sich in der Bundesrepublik Deutschland zwischen West- und Ostdeutschland Unterschiede in den politischen Einstellungen, Werten und sozialstrukturellen Merkmalen feststellen.³⁷ Hinsichtlich des Wahlverhaltens lassen sich dagegen in Deutschland kaum mehr Unterschiede feststellen (Abb. 7). Der Vergleich der Wählergruppen zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, dass sich die häufig angeführte These der geringeren Wahlteilnahme von in Ostdeutschland lebenden Personen nicht bestätigen lässt. So ist der Anteil der NichtwählerInnen und der Unentschlossenen trotz geringer Unterschiede zwischen den Wählergruppen in West- und Ostdeutschland ähnlich hoch wie der Anteil der Personen, die angegeben haben, zur Wahl zu gehen.

Abb. 7: (Nicht-)Wählergruppen in West- und Ostdeutschland

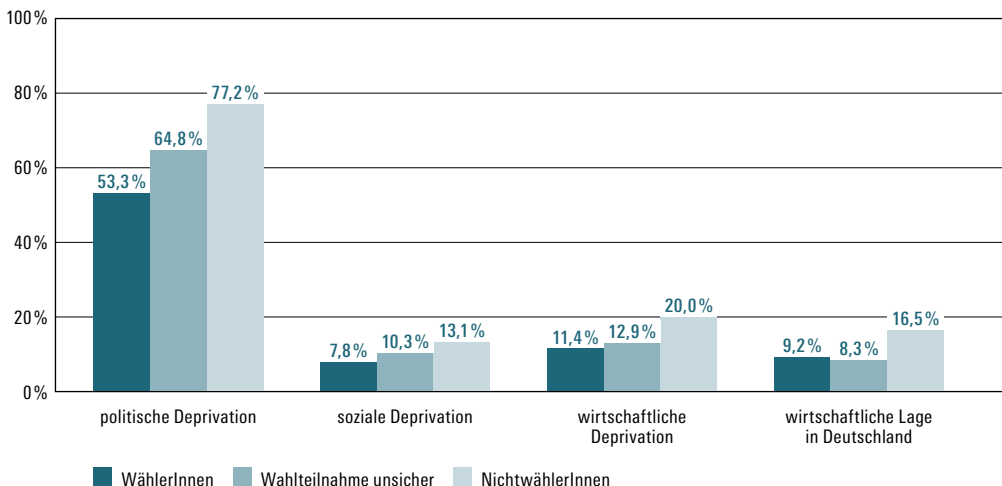


In Abschnitt 2.3 sind verschiedene Einstellungen aufgeführt, denen ein Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten zugeschrieben wird. Als zentral wird dabei erachtet, wie sich die BürgerInnen hinsichtlich ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Gesellschaft und im politischen System verorten. Hier sind Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland aufgrund der strukturellen Unterschiede beider Gebiete wahrscheinlich, sodass sich die nachfolgende Analyse explizit diesen Erklärungsfaktoren für die Entscheidung zur Nichtwahl widmet.

In der folgenden Abbildung 8 sind die Unterschiede zwischen den (Nicht-)Wählergruppen hinsichtlich ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Deprivation gegenübergestellt. Das Gefühl der politischen Deprivation

eines Befragten wird dabei aus der Zustimmung zu den Aussagen «Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut» und «Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren» konstruiert. BürgerInnen, die den Aussagen «In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin» und «In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher» zustimmen, gelten dagegen als sozial depriviert. Die wirtschaftliche Deprivation wird anhand der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage abgebildet. Ergänzend wird die Einschätzung der BürgerInnen zur wirtschaftlichen Gesamtlage der Bundesrepublik Deutschland erhoben, um das individuelle Deprivationsgefühl in einen systemischen Kontext zu betten.

Abb. 8: (Nicht-)Wählergruppen nach politischer, sozialer und wirtschaftlicher Deprivation

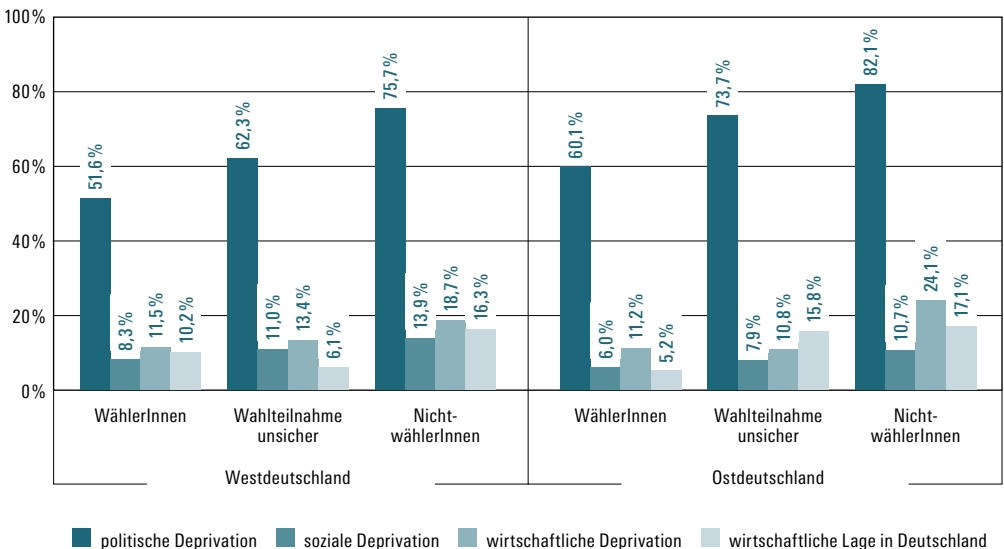


Anmerkung: Anteilswerte für die politische und soziale Deprivation ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *trifft eher zu* und *trifft voll und ganz zu*; Anteilswerte für die wirtschaftliche Deprivation ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *schlecht* und *sehr schlecht*.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich unter den Befragten der Leipziger «Mitte»-Studie die soziale und wirtschaftliche Deprivation auf einem sehr niedrigen Niveau befindet. Auch die wirtschaftliche Gesamtlage Deutschlands wird von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als positiv wahrgenommen. In Bezug auf die Wählergruppen lässt sich hinsichtlich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Deprivation eine klare Tendenz erkennen. Je deprivierter eine Person ist, desto eher neigt sie zur Nichtwahl. Besonders einflussreich scheint dabei die politische Deprivation zu sein, dieser empirische Befund bestätigt die theoretischen Annahmen. Unter den NichtwählerInnen glauben 77,2 Prozent der Personen, dass sie keine politische Gestaltungskraft besitzen und ihre Interessen von der Regierung nicht berücksichtigt werden. Interessant ist dabei, dass auch unter den WählerInnen etwas mehr als

die Hälfte (53,3%) als politisch depriviert gilt. Hier scheint sich jedoch die staatsbürgerliche Norm der Wahl durchzusetzen. Dass das politische Engagement eng an die persönliche Ressourcenausstattung gekoppelt ist, wird durch diese Befunde erneut bestätigt. Die eigene wirtschaftliche Situation wird von nahezu doppelt so vielen NichtwählerInnen wie WählerInnen und unentschlossenen BürgerInnen als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt. Diese individuelle Einschätzung schlägt sich auch in der Gesamtbewertung der wirtschaftlichen Situation nieder. Die Befragten, die ihre eigene Situation als schlecht bewerten, glauben auch, dass es der deutschen Wirtschaft insgesamt eher schlecht geht. Auch wenn die hier dargestellten Ergebnisse auf individuellen Einschätzungen beruhen, gilt es dennoch, sie im Kontext einer zunehmenden Debatte über soziale Ungleichheit in der Gesellschaft ernst zu nehmen.

Abb. 9: (Nicht-)Wählergruppen in West- und Ostdeutschland nach Deprivation gruppiert (in %)

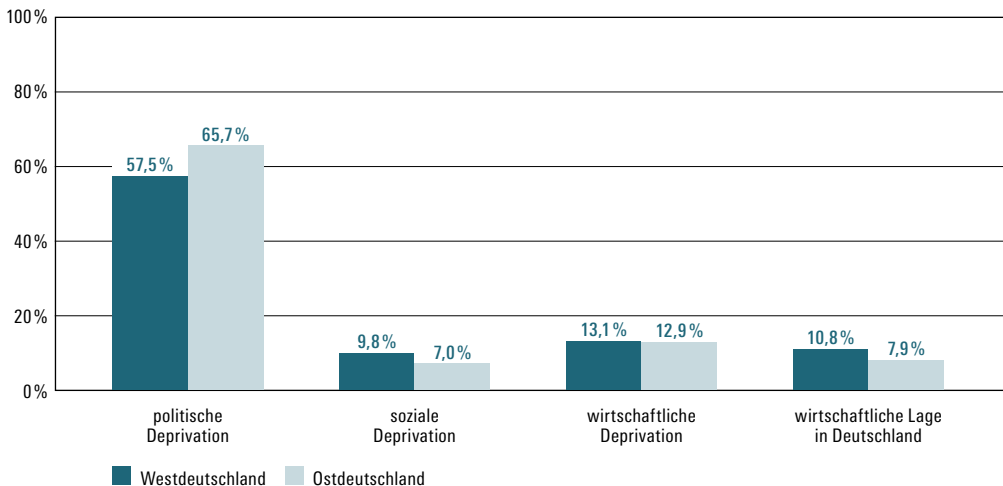


Anmerkung: Anteilswerte für die politische und soziale Deprivation ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *trifft eher zu* und *trifft voll und ganz zu*; Anteilswerte für die wirtschaftliche Deprivation ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *schlecht* und *sehr schlecht*.

Die Betrachtung der Ergebnisse der Wählergruppen getrennt nach West- und Ostdeutschland zeigt, dass sich die Unterschiede im Wahlverhalten insbesondere bei der politischen Deprivation ausmachen lassen. So ist der Anteil der politischen Deprivation unter allen Wählergruppen in Ostdeutschland durchschnittlich zehn Prozent höher als in Westdeutschland. Zudem wird die eigene wirtschaftliche Situation unter den NichtwählerInnen in Ostdeutschland (24,1 %) deutlich schlechter eingeschätzt als unter den NichtwählerInnen in Westdeutschland (18,7 %).

Obwohl die soziale Deprivation insgesamt auf einem niedrigen Niveau liegt, so zeigt sich doch, dass sie über alle Wählergruppen in Westdeutschland höher ausgeprägt ist als in Ostdeutschland. Alles in allem lässt sich festhalten, dass die politische, soziale und wirtschaftliche Situation insbesondere im Vergleich zwischen den Wählergruppen von den NichtwählerInnen deutlich schlechter eingeschätzt wird als von den anderen beiden Gruppen. Diese Einschätzung erfolgt unabhängig davon, ob die Person in West- oder Ostdeutschland lebt.

Abb. 10: Deprivation nach West- und Ostdeutschland



Anmerkung: Anteilswerte für die politische und soziale Deprivation ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *trifft eher zu* und *trifft voll und ganz zu*; Anteilswerte für die wirtschaftliche Deprivation ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *schlecht* und *sehr schlecht*.

Dass sich die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vor allem auf die politische Deprivation beziehen, wird durch die Abbildung 10 noch einmal verdeutlicht. Während in Ostdeutschland die politische Deprivation höher ist als in Westdeutschland, zeigt sich bei der sozialen Deprivation ein höheres Niveau in Westdeutschland. Die wirtschaftliche Deprivation liegt zwischen den beiden Ge-

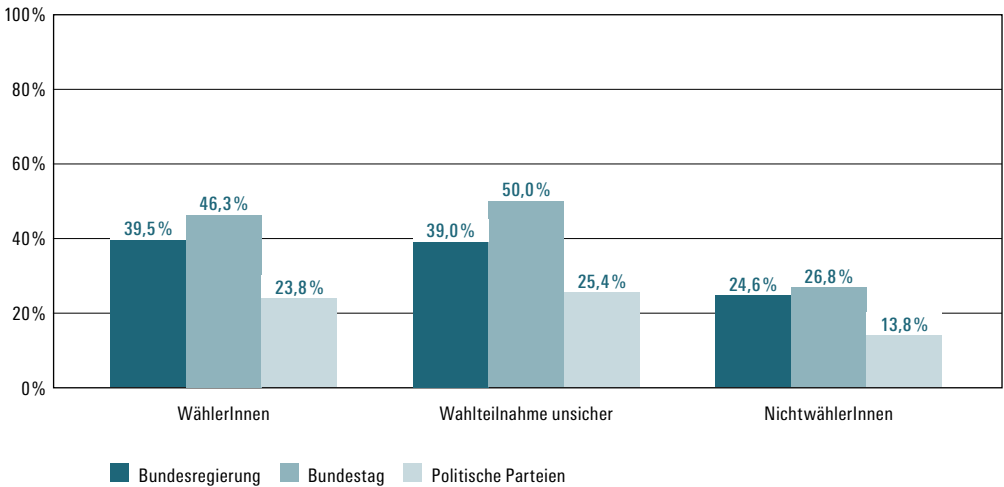
bieten gleich auf, allerdings wird etwas überraschend die allgemeine wirtschaftliche Lage in Westdeutschland schlechter beurteilt als in Ostdeutschland.

Das Gefühl der individuellen politischen Deprivation spiegelt sich nicht zuletzt auch im Vertrauen in die AkteurInnen und Institutionen des politischen Systems wider. Der empirisch beobachtbare zunehmende Vertrau-

ensverlust in politische AkteurInnen und Institutionen ist Ausdruck der im theoretischen Abschnitt dieses Beitrags skizzierten Verdrossenheitsphänomene. Diese fokus-

sieren sich nicht nur auf die Politik im Allgemeinen, sondern sind spezifisch an PolitikerInnen, Parteien und das politische System gerichtet.

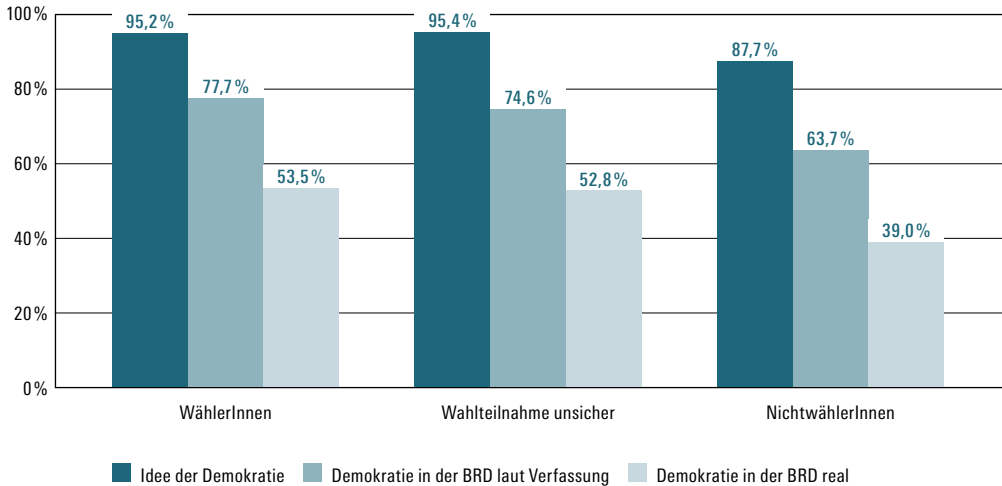
Abb. 11: (Nicht-)Wählergruppen nach Vertrauen in politische AkteurInnen und Institutionen



Anmerkung: Anteilswerte ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *vertrauen* und *viel vertrauen*.

Ein Blick auf die Vertrauensniveaus zeigt, dass zwischen 40 und 50 Prozent der WählerInnen und Unentschlossenen, der Bundesregierung und dem Bundestag ihr Vertrauen aussprechen. Bei der Gruppe der NichtwählerInnen steht es um das Vertrauen in diese beiden Institutionen deutlich schlechter. Weniger als ein Drittel der befragten NichtwählerInnen gibt an, dem Bundestag oder der Bundesregierung zu vertrauen beziehungsweise sehr zu vertrauen. Um das Vertrauen für eine der wichtigsten intermediären Organisationen einer repräsentativen Demokratie, den Parteien, ist es hingegen deutlich schlechter bestellt. Während unter den WählerInnen (23,8%) und den Unentschlossenen (25,4%) noch knapp ein Viertel der Befragten den politischen Parteien vertraut, so halbiert sich dieser Wert noch einmal unter den Nicht-

wählerInnen (13,8%). Insbesondere das sehr niedrige Vertrauen in die politischen Parteien lässt darauf schließen, dass sich die Gruppe der NichtwählerInnen nicht im politischen Wettbewerb repräsentiert fühlt und ihr dadurch die Möglichkeit fehlt, ihre Interessen über eine geeignete Plattform in Form einer politischen Partei zu artikulieren. Das ebenfalls geringe Vertrauen gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag innerhalb dieser Gruppe ist zwar nicht per se mit einer Ablehnung des politischen Systems gleichzusetzen, allerdings kann sich aus einer langfristigen Ablehnung dieser beiden zentralen Institutionen eine Demokratieverdrossenheit entwickeln. Wie es sich aktuell um die Einstellung zur Demokratie als Ideal und ihrer Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland verhält, zeigt die folgende Abbildung 12.

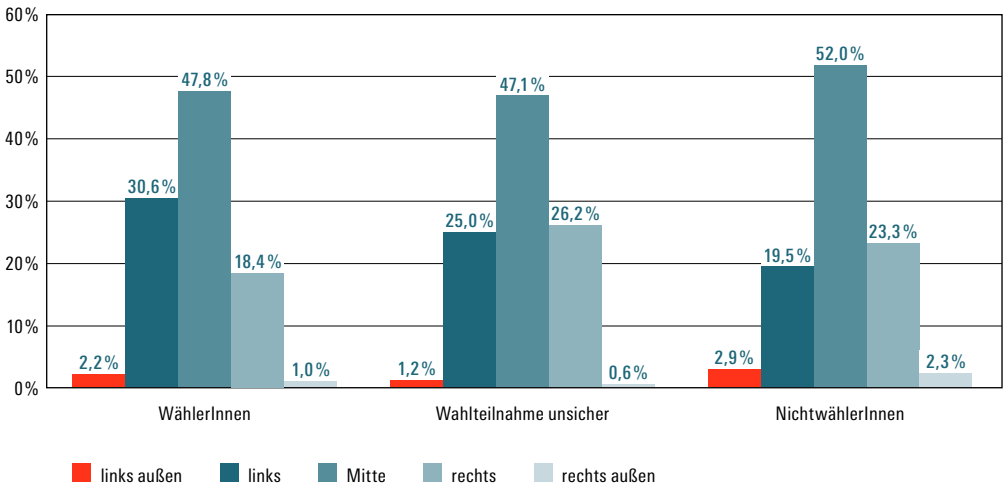
Abb. 12: (Nicht-)Wählergruppen nach Zustimmung zur Demokratie

Anmerkung: Anteilswerte der Zustimmung zur Idee der Demokratie ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *sehr dafür* und *ziemlich dafür*; Anteilswerte der Zustimmung zur Demokratie in der BRD laut Verfassung und zur Demokratie in der BRD real ergeben sich aus der Kombination der Antwortkategorien *eher zufrieden* und *sehr zufrieden*.

Grundsätzlich ist in allen Wählergruppen eine hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie zu finden, auch wenn die Zustimmung unter den NichtwählerInnen mit sieben Prozentpunkten deutlich niedriger ausfällt als unter den anderen beiden Wählergruppen. Dies bedeutet aber dennoch, dass unter den NichtwählerInnen etwas mehr als zwölf Prozent die Idee der Demokratie gänzlich ablehnen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen vergrößern sich, wenn nach der verfassten Demokratie in Deutschland gefragt wird. Unter den NichtwählerInnen glauben nur 63,7 Prozent, dass es sich bei dem etablierten Demokratiemodell der Bundesrepublik um ein gutes Abbild des Ideals der Demokratie handelt. Wird schlussendlich nach der realen Umsetzung der Demokratie gefragt, verschlechtern sich die Zustimmungswerte in allen Gruppen deutlich. Unter den WählerInnen (53,5%) und Unentschlossenen (52,8%) sind nur knapp über die Hälfte der Befragten mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden. Nochmals 13 Prozentpunkte

niedriger liegt die Zufriedenheitsrate bei den NichtwählerInnen (39,0%). Generell scheint sich der Eindruck zu bestätigen, dass sich bei den BürgerInnen, die sich politisch und wirtschaftlich abgehängt und nicht mehr durch die repräsentativen AkteurInnen vertreten fühlen, eine leichte Demokratieverdrossenheit entwickelt. Auch wenn sich die Unzufriedenheit bei den NichtwählerInnen in dieser Umfrage vorrangig auf die Funktionsweise der Demokratie bezieht, zeigen sich unter allen Gruppen erste Anzeichen für eine Ablehnung der verfassten und der realen Funktionsweise der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Sowohl politische Parteien als auch die WählerInnen lassen sich vereinfacht – gemäß ihrer Programmatik beziehungsweise ihren Einstellungen – auf einer sogenannten Links-Rechts-Skala (LRS) einordnen. Die möglichen Attribute, die mit einer entsprechenden Verortung verbunden werden, sind dabei so zahlreich, dass für die vorliegende Auswertung nur die Extreme gesondert herausgestellt werden.³⁸

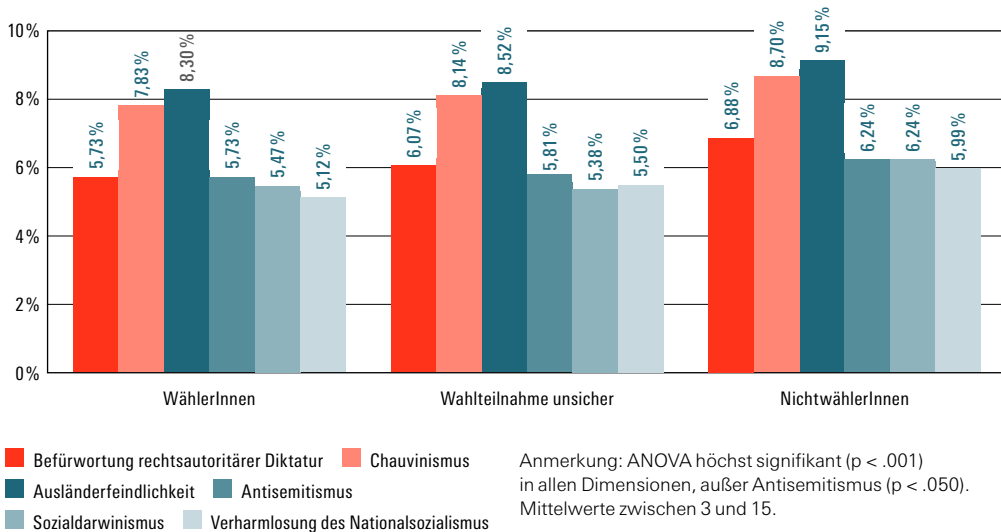
Abb. 13: (Nicht-)Wählergruppen nach Links-Rechts-Skala

Aus der Abbildung 13 geht hervor, dass die NichtwählerInnen und Unentschlossenen einen deutlich höheren Anteil von rechtsorientierten Personen unter sich vereinen als die Gruppe der WählerInnen. Eine linksorientierte politische Einstellung findet sich hingegen mehrheitlich bei den WählerInnen. Insbesondere in der Gruppe der NichtwählerInnen sind zudem die Befragten zu finden, die sich eher in den politisch extremen Spektren verorten (links-außen 2,9%; rechts-außen 2,3%). Wie bereits ausgeführt, handelt es sich bei der LRS um eine sehr allgemeine Einstufung. Die «Mitte»-Studie hat sich zum Ziel gesetzt, vor allem die rechtskonservativen und rechtsextremen Einstellungen differenzierter zu untersuchen. Aus diesem Grund wurden in der Umfrage zahlreiche Fragen und Aussagen erhoben, die sich zu den folgenden sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen summieren lassen.³⁹ Menschen, die eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten, glauben, dass es unter den aktuellen Umständen einen starken Führer sowie eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert, braucht. Chauvinistische Einstellungen

generieren sich aus der Überzeugung, dass Deutsche wieder mehr Nationalgefühl entwickeln müssen und die deutschen Interessen auf dem internationalen Parkett unzureichend vertreten und durchgesetzt werden. Befragte, die sich ablehnend gegen AusländerInnen positionieren, eine Überfremdung befürchten und der Überzeugung sind, dass Juden und Jüdinnen eigentümlich sind und zu viel Einfluss haben, verfügen über ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen. Diese Einstellungen sind eng verknüpft mit der Überzeugung, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte, die Deutschen ein überlegenes Volk sind und zwischen unwertem und wertvollem Leben unterschieden werden kann.⁴⁰

Zur deutlicheren Herausstellung der Unterschiede zwischen diesen Einstellungsdimensionen und dem Wahlverhalten haben sich die Autoren für einen Mittelwertvergleich entschieden (Abb. 14). Hierbei wird überprüft, inwieweit sich die Gruppen in ihren mittleren Ausprägungen überzufällig, also unabhängig von der erhobenen Stichprobe, unterscheiden.

Abb. 14: Mittelwertvergleich (ANOVA) der (Nicht-)Wählergruppen auf den Dimensionen rechtsextremer Einstellung



Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass die Mittelwerte in allen Dimensionen bei der Gruppe der NichtwählerInnen signifikant höher liegen. Die Erkenntnisse der LRS-Einstufung werden demzufolge auch bei der ausdifferenzierten Analyse rechtsextremer Einstellungen bestätigt. Besonders auffällig ist die deutlich ausgeprägte Ablehnung von AusländerInnen und die Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Kontext stärker wahrgenommen werden müsste (Chauvinismus). Auch wenn diese Einstellungen bei den NichtwählerInnen am höchsten ausgeprägt sind, finden sie sich in geringerem Ausmaß auch in den anderen beiden Wählergruppen. Darüber hinaus gibt es in allen Wählergruppen eine Reihe von BürgerInnen, die der Meinung sind, dass eine autoritäre Herrschaft derzeit sinnvoller ist als die Demokratie. Dieser Befund bestätigt das Er-

gebnis, dass knapp fünf bis zwölf Prozent der Befragten die Idee der Demokratie gänzlich ablehnen. Die daraus resultierenden Implikationen werden nun abschließend in einem Fazit zusammengefasst.

4 Politische Deprivation und fehlendes Vertrauen führen zur Nichtwahl

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, Faktoren herauszuarbeiten, die das individuelle Wahlverhalten und hier im Speziellen das Nichtwählen beeinflussen. Unter Rückgriff auf Theorien der Wahlforschung wurden hier vor allem soziostrukturelle, sozioökonomische und sozialpsychologische Merkmale betrachtet. Mittels Häufigkeitsstatistiken, Kreuztabellen und Mittelwertvergleichen sind die folgenden zentralen Befunde generiert worden. Erstens

Darüber hinaus gibt es in allen Wählergruppen eine Reihe von BürgerInnen, die der Meinung sind, dass eine autoritäre Herrschaft derzeit sinnvoller ist als die Demokratie.

ist festzuhalten, dass die identifizierten NichtwählerInnen mit circa 25 Prozent eine relevante Größe in der Leipziger «Mitte»-Studie darstellen. Wie erwartet, hat das Geschlecht keinen weitreichenden Einfluss auf die Wahlteilnahme. Hinsichtlich der Altersstruktur unter den NichtwählerInnen zeigt sich, dass vor allem junge Menschen der Wahlurne fernbleiben, während die mit steigendem Alter einhergehende Staatsbürgerpflicht scheinbar als ein starker Prädiktor für die Wahl anzusehen ist. Der theoretisch vermutete Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Wahlverhalten konnte insofern bestätigt werden, als dass sich unter den NichtwählerInnen vor allem bildungsferne BürgerInnen sammeln, wohingegen Menschen mit Abitur und Fachhochschulreife eher zur Wahlteilnahme tendieren. Die damit eng verbundenen Indikatoren der Erwerbstätigkeit und

des Haushaltseinkommens stützen diese Erkenntnis: Arbeitslose bleiben der Wahlurne eher fern als Personen, die in einem geregelten Arbeitsverhältnis stehen und über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen. Der Anteil der NichtwählerInnen mit niedrigem Einkommen ist verglichen mit den WählerInnen nahezu doppelt so groß. Ein genereller Unterschied im Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland lässt sich nicht erkennen.

Die in der Wahltheorie als besonders einflussreich geltenden subjektiven Einstellungen gegenüber dem politischen System liefern ebenfalls aussagekräftige Ergebnisse: So zeigt sich, dass BürgerInnen, die sich selbst als politisch und wirtschaftlich depriviert einstufen, eher zur Nichtwahl tendieren. Das Gefühl der politischen Entfremdung ist möglicherweise auf eine fehlende politische Plattform innerhalb des deutschen Parteiensystems zurückzuführen, sodass die eigenen Interessen als

nicht mehr im politischen Prozess berücksichtigt betrachtet werden. Die wirtschaftliche Deprivation ist hingegen eng mit den häufig durch Medien thematisierten Verlustängsten verknüpft. Mit der Globalisierung, Migrationsbewegungen und den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen wird eine komplexe und unsichere Zukunftsperspektive gezeichnet, welche die BürgerInnen verunsichert. Diese Unsicherheit wird von populistischen und rechtsextremen Parteien oftmals als Einfallstor genutzt, um den BürgerInnen vermeintlich einfache Lösungen für die existierenden Probleme und Ängste zu präsentieren. Ein erneuter Blick auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland offenbart auch

Es muss also von einer Parteien- und Politikerverdrossenheit gesprochen werden, die sich ohne politische Maßnahmen zu einer ernstzunehmenden Demokratieverdrossenheit entwickeln kann.

hier feststellbare Differenzen: So fühlen sich die ostdeutschen Befragten über alle (Nicht-)Wählergruppen hinweg insgesamt deutlich politisch deprivierter als die westdeutschen Befragten. Demgegenüber sind die Verlustängste – wenn auch auf niedrigem Niveau – bei den westdeutschen Befragten stärker ausgeprägt als bei den Ostdeutschen.

Das Gefühl einer fehlenden politischen Repräsentation und einer unzureichenden Ressourcenausstattung (Bildung, Einkommen) schlägt sich in einem zunehmenden Vertrauensverlust gegenüber den politischen AkteurenInnen und Institutionen nieder. So zeigt sich, dass vor allem das Vertrauensniveau in politische Parteien mit gerade einmal 13,8 Prozent unter den NichtwählerInnen und um die 24 bis 25 Prozent bei den WählerInnen und Unentschlossenen auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau liegt. Sofern sich an diesem niedrigen Vertrauensniveau langfristig nichts

ändert, oder sich dieses sogar noch weiter verschlechtert, sind ernsthafte Konsequenzen für die repräsentative demokratische Ordnung in der Bundesrepublik zu befürchten. Erste Anzeichen dafür lassen sich mit Blick auf die Zustimmung zur Demokratie finden. Besonders unter den NichtwählerInnen, zeigen sich 60 Prozent unzufrieden mit der realen Umsetzung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird in dieser Gruppe auch die Legitimität der verfassten Demokratie in Deutschland und die allgemeine Idee der Demokratie zunehmend hinterfragt (Abb. 13). Die Unzufriedenheit mit der realen Umsetzung der Demokratie ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der NichtwählerInnen, da mit circa 51 Prozent auch knapp mehr als die Hälfte der WählerInnen und Unentschlossenen unzufrieden mit der realen Demokratie in der BRD sind. Es muss also von einer Parteien- und Politikerverdrossenheit gesprochen werden, die sich ohne politische Maßnahmen zu einer ernstzunehmenden Demokratieverdrossenheit entwickeln kann.

Abschließend wurde untersucht, inwieweit rechtsextreme Einstellungen unter den (Nicht-)Wählergruppen verbreitet sind und die Wahlteilnahme beeinflussen. Hier zeigt sich, dass NichtwählerInnen überzufällig rechts-extremere Einstellungen im Vergleich zu den Unentschlossenen und WählerInnen aufweisen. Besonders die Ablehnung gegenüber AusländerInnen und die Überzeugung, dass Deutschland international zu wenig Einfluss besitzt, ist unter den NichtwählerInnen stark verbreitet. Die Ablehnung des politischen Establishments, die Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen und der deutschen repräsentativen Demokratie, aber auch rechtskonservative bis rechtsextreme Einstellungen, werden in Deutschland seit der Gründung der AfD im Jahr 2013 auch von einer politischen Partei vertreten. Mit ihrer Programmatik schafft sie es, NichtwählerInnen wieder zu mobilisieren. Welche Folgen sich

dadurch für das politische System ergeben, bleibt abzuwarten. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass es für die Rückgewinnung der hier erforschten, bekennenden NichtwählerInnen für die repräsentative demokratische Ordnung der folgenden zwei Anstrengungen bedarf: Zum einen müssen politische Entscheidungsprozesse transparenter gestaltet werden und zum anderen müssen wieder alle gesellschaftlichen Gruppen im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Dafür gilt es insbesondere der zunehmenden sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

1 Bundeszentrale für politische Bildung: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2012, S. 18. **2** Schmitt, Annette: Die Rolle von Wahlen in der Demokratie, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 3–35, hier S. 4. **3** Ebd. **4** Roth, Dieter/Wüst, Andreas M.: Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland, in: Patzelt, Werner J./Sebaldt, Martin/Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2007, S. 390–412, hier S. 392. **5** Bundeswahlleiter: Wahlbeteiligung. Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Europawahlen, 2016, unter: www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/wahlbeteiligung.html. **6** Blind, Jochen: Das Heimspiel der «Europa-Parteien»? Die Europawahlkämpfe der Union von 1979 bis 2009, Wiesbaden 2012, S. 28. **7** Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Landtagswahlen, 2016, S. 22, 39, 60, 74, 85, unter: www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e797ccl/ltw_ergebnisse_gesamt.pdf. **8** Für eine Darstellung der Folgen, die ein bestimmter Anteil von NichtwählerInnen für das politische System haben kann, wird an dieser Stelle auf Armin Schäfer verwiesen: Ders.: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48–49/2013; Ders.: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Bytsek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Der Unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a. M. 2011, S. 133–156. **9** Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Wiesbaden 1995. **10** Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Leipzig 2016. **11** Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E.: The Voter Decides, Westport Conn. 1971; Campbell, Angus et al.: The American Voter, Chicago 1976; Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel: The People's Choice: How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1944; Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London 1967; Rokkan, Stein/Campbell, Angus: Citizen participation in political life: Norway and the United States of America, in: International Social Science Journal 12/1960, S. 69–99. **12** Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, S. 42. **13** Ebd. **14** Ebd., S. 43. **15** Hoecker, Beate: Politische Partizipation: Systematische Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen 2006, S. 3–20; van Deth, Jan: Politische Partizipation, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie, Wiesbaden 2009, S. 141–161, hier S. 159. **16** Die Datenlage

ermöglicht es nicht, die hierfür notwendigen Berechnungen anzustellen. Aus diesem Grund fokussiert die folgende Analyse auf sozioökonomische und sozialpsychologische Erklärungsfaktoren. **17** Cabarello, Claudio: Nichtwahl, in: Falter et al.: Handbuch Wahlforschung, S. 437–488, hier S. 465; Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, S. 42. **18** Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, S. 43; Cabarello: Nichtwahl, S. 469. **19** Ebd., S. 468; Kersting, Norbert/Woyke, Wichard: Vom Musterwähler zum Wutbürger? Politische Beteiligung im Wandel, Münster 2012, S. 37; Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, S. 43. **20** Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia: Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung, 2003, S. 11–13, unter: www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/partizipation/Dynamiken_der_politischen_Partizipation/geissel_penrose.pdf; Kersting/Woyke: Vom Musterwähler zum Wutbürger, S. 37. **21** Neu, Viola: «Dann bleib ich mal weg». Der Mythos der «Partei» der Nichtwähler, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2012, S. 20. **22** Westle, Bettina: Geschlecht und Stimmverhalten bei Bundestagswahlen, in: Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (Hrsg.): Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden 2012, S. 183–218, hier S. 184. **23** Leighley, Jan E.: Attitudes, opportunities and incentives: A field essay on political participation, in: Political Research Quarterly 48/1995, S. 181–209, hier S. 183–185; Nie, Norman H./Powell, G. Bingham/Prewitt, Kenneth: Social structure and political participation: Developmental relationships, in: American Political Science Review 63/1969, Teil 1, S. 361–378; ebd., Teil 2, S. 808–832. **24** Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, S. 39–40. **25** Neu: «Dann bleib ich mal weg», S. 10. **26** Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, S. 42. **27** Cabarello: Nichtwahl, S. 457; Campbell et al.: The Voter Decides, S. 98. **28** Ebd., S. 102. **29** Ebd., S. 187; Cabarello: Nichtwahl, S. 455. **30** Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002; Maier, Jürgen: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2000; Maier, Jürgen: Die zentralen Dimensionen der Politikverdrossenheit und ihre Bedeutung für die Erklärung von Nichtwahl und «Protestwahl» in der Bundesrepublik Deutschland, in: van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität?, Wiesbaden 2000, S. 227–249; Pickel, Gert/Walz, Dieter: Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen, in: Politische Vierteljahresschrift 38/1997, S. 27–49; Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Wiesbaden 2002. Eine weitere Ursache für die Verdrossenheit der BürgerInnen stellt der Diskussion zufolge die Legitimitätskrise westlicher Demokratien dar (vgl. Schedler, Andreas: Die demoskopische Konstruktion von «Politikverdrossenheit», in: Politische Vierteljahresschrift 34/1993, S. 414–435). **31** Maier: Politikverdrossenheit, S. 18. **32** Von 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016 wurde die Studie in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung durchgeführt. **33** Decker et al.: Die enthemmte Mitte. **34** Die Berechnung der deskriptiven Statistiken erfolgt ohne Gewichtung, bei inferenzstatistischen Auswertungen wird auf das Gewicht zurückgegriffen. **35** Cabarello: Nichtwahl, S. 469. **36** Stark, Toralf: Determinanten politischen Verhaltens. (Un)konventionelle Partizipation und verhaltensprägende Einstellungen, Universität Duisburg-Essen 2015. **37** Damm, Theresa/Geyer Daniel/Kreuter, Vera et al.: So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist, Berlin 2015. **38** Für eine ausführliche theoretische und empirische Betrachtung rechtsextremer Einstellungen, Vorurteile und autoritärer Orientierungen in Deutschland wird auf Decker et al. verwiesen (Die enthemmte Mitte). **39** Decker et al.: Die enthemmte Mitte, S. 29. **40** Ebd., S. 30–36.

Dirk Jörke

(NICHT-)WÄHLEN IN DER POSTDEMOKRATIE

1 Einleitung

Die soziale Verzerrung von Wahlen hat über die Jahre deutlich zugenommen, obwohl Wahlen eigentlich die fundamentale demokratische Norm der politischen Gleichheit in modernen Massengesellschaften verwirklichen sollen. Entscheidend ist dabei, dass soziale Benachteiligung, politische Unzufriedenheit und Nichtwahl zusammenhängen, wie Schäfer seine Ergebnisse resümiert: «Geringes politisches Interesse, gepaart mit Unzufriedenheit, fehlender Parteiidentifikation und der Überzeugung, dass Wahlen keinen Unterschied machen, führen zur Nichtwahl, wobei diese negativen Einstellungen ihrerseits von der sozialen Lage abhängen.»¹

Folgt man der Diagnose der Postdemokratie, dann sehen wir uns heute mit einer Situation konfrontiert, in der demokratische Legitimitätsvorstellungen und die mit diesen korrespondierenden Verfahren immer weniger mit der politischen Realität in Übereinstimmung zu bringen sind und zumindest teilweise einen folkloristischen Charakter bekommen. Vor diesem Hintergrund würde der Verzicht bestimmter Bevölkerungsgruppen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, eine durchaus rationale Handlungsweise darstellen.

Diese These soll im Folgenden in drei Schritten entfaltet werden. Zunächst soll kurz daran erinnert werden, dass es in den letzten beiden Dekaden zu einem Bedeutungsverlust demokratisch gewählter Parlamente bei gleichzeitiger Aufwertung der Exekutive und supranationaler Entscheidungsinstanzen gekommen ist (Kapitel 2). Als andere Seite der Medaille dieses Bedeutungsverlustes lässt sich die Inszenierung und Personalisierung der Politik begreifen, der ich mich in einem zweiten Schritt

widmen möchte. Die Beobachtung ist hier, dass es zu einer Simulation demokratischen Handelns kommt und zwar mit Blick auf die periodische Inszenierung von Wahlkämpfen sowie hinsichtlich der nur scheinbar paradoxen Zunahmen von neuen Formen der Bürgerbeteiligung (Kapitel 3). Von dieser inszenierten Demokratie haben sich vor allem die so genannten Modernisierungsverlierer verabschiedet. Dass man darin auch eine subjektiv sinnvolle Form politischen Handelns sehen kann, soll abschließend dargelegt werden (Kapitel 4).

2 Verfestigung post-demokratischer Zustände

Es ist noch nicht allzu lange her, dass der Demokratie westlicher Prägung eine glorreiche Zukunft bescheinigt wurde. Seit Ende der 1970er Jahre wandelten sich immer mehr autokratische Staaten in Demokratien. Diese Welle hat dann mit der Implosion des Sowjetimperiums Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre noch mal deutlich an Kraft gewonnen und auch die meisten Staaten Osteuropas und Zentralasiens erfasst. Dies ist die eine Seite der Medaille.

Auf der anderen Seite hat in den vergangenen Jahren ein Ernüchterungsdiskurs eingesetzt. So wird mit Blick auf viele der Transformationsgesellschaften bereits seit einigen Jahren von defekten Demokratien gesprochen. Demzufolge existieren in diesen Staaten zwar demokratische Institutionen wie ein Wahlsystem, aber deren rechtstaatliche wie zivilgesellschaftliche Voraussetzungen sind nur unzureichend ausgebildet.² Der Ernüchterungsdiskurs hat sich indes nicht auf die Transformationsgesellschaften beschränkt.

Auch mit Blick auf die etablierten Demokratien des Westens scheint der demokratische Optimismus verfliegen zu sein. Es ist viel von Politik- oder von Politikerverdrossenheit die Rede, und das Vertrauen in die politischen Eliten ist in geradezu dramatischer Weise gesunken.³ Ein Zeichen für den Vertrauensverlust der Bürger ist sicherlich auch die anhaltende Konjunktur der Postdemokratiediagnose, die eben nicht nur in der Politikwissenschaft, sondern auch in der breiteren Öffentlichkeit zu beobachten ist.⁴

Im politiktheoretischen Diskurs ist der Begriff der Postdemokratie prominent erstmals von Jacques Rancière verwendet worden und soll das Verschwinden des Politischen in modernen Gesellschaften bezeichnen. An die Stelle demokratischer Auseinandersetzungen seien in postdemokratischen Gesellschaften die «Herrschaft der Meinungsbefragung» sowie ein routinierter politischer Betrieb, der sich auf Expertenwissen stützt, getreten. Der Raum des politischen Streits, welcher laut Rancière für die Demokratie konstitutiv ist, sei mithin verschwunden. Politik bestünde nur noch aus der Verwaltung gesellschaftlicher Interessen: «Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung *nach* dem *Demos*, einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volks liquidiert hat.»⁵

Colin Crouch zufolge zeichnet sich das postdemokratische Regime durch folgende, widersprüchliche Struktur aus. Auf der einen Seite sind die wesentlichen Institutionen der parlamentarischen Demokratie, also periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung weiterhin vorhanden und werden als Kernelemente des politischen Systems wahrgenommen. Doch auf der anderen Seite wird das in diesen demokratischen Institutionen verkörperte Versprechen der demokratischen Kontrolle kaum noch gewährleistet. An die Stelle der durch Wahlen vermittelten Teilhabe des *Demos* an den politischen

Entscheidungen sind laut Crouch intransparente Verhandlungen zwischen Regierungen und wirtschaftlichen Eliten getreten: «Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.»⁶

Crouch hat diese Zeilen vor mehr als zehn Jahren geschrieben und sie sind auch nicht unwidersprochen geblieben. Kritisiert wurde insbesondere, dass er damit eine Zeit verklären würde – die 1950er bis frühen 1970er Jahre des vorigen Jahrhunderts –, in der zwar die Wahlbeteiligung höher, zugleich aber die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe wesentlich beschränkter gewesen seien. Man machte lediglich alle vier Jahr sein Kreuz. Heutzutage bestehe demgegenüber eine Vielzahl von demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, von Referenden über Mediationsverfahren bis hin zu Bürgerhaushalten. Zudem sei es seit den frühen 1970er Jahren in den westlichen Demokratien nicht nur zu einer Erweiterung der Formen demokratischer Teilhabe, sondern auch zu einer erheblichen Liberalisierung der jeweiligen Gesellschaft gekommen. Zu erwähnen sei insbesondere die Emanzipation der Frauen, aber auch die rechtliche wie auch zunehmend kulturelle Anerkennung alternativer Lebensformen.⁷ Dennoch denke ich, dass wir die Diagnose von Crouch ernst nehmen sollten, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen lässt sich seit gut zwei Jahrzehnten eine Verlagerung politischer Entscheidungen aus den nationalen Parlamenten, insbesondere auf die supranationale Ebene, beobachten, was erheblich zur Verfestigung postdemokratischer Verhältnisse beigetragen hat. Zum anderen wird, wie

eingangs gezeigt, politische Beteiligung immer mehr zur Spielwiese bildungsbürgerlicher Schichten und das gilt nicht nur für Wahlen, sondern in besonderem Maße für die neuen Formen der Bürgerbeteiligung. In den beiden folgenden Abschnitten werde ich argumentieren, dass beide Prozesse einander bedingen und demokratische Werte und Praktiken umso wichtiger werden, je weniger es demokratisch zu entscheiden gibt. Allerdings gilt das nicht mit Blick auf jene Teile der Bevölkerung, die sich den demokratischen Praktiken zunehmend verweigern. Doch zuvor soll zumindest noch kurz auf die Verfestigung postdemokratischer Zustände in Folge der Eurorettung eingegangen werden.

und finanzpolitischen Bereich zu einer Konstitutionalisierung gekommen, die für demokratische Entscheidungsprozesse kaum Raum lässt. Diese aus demokratietheoretischer Perspektive eindeutig negative Entwicklung hat mit der Finanz- und Eurokrise eine neue Dimension gewonnen. So ist es im Rahmen der von 2010 bis 2012 beschlossenen Eurorettungsprogramme zu einer erheblichen Kompetenzausweitung der Europäischen Kommission und Expertengremien gekommen. Der auf Dauer angelegte Europäische Stabilitätsmechanismus beinhaltet zum Beispiel, dass Staaten, die seine Hilfe in Anspruch nehmen wollen, sich zugleich einem makroökonomischen Anpassungsprogramm unter-

Politische Beteiligung wird immer mehr zur Spielwiese bildungsbürgerlicher Schichten und das gilt nicht nur für Wahlen, sondern in besonderem Maße für die neuen Formen der Bürgerbeteiligung.

Es ist inzwischen ein Gemeinplatz, dass mit der beschleunigten globalen Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Prozesse auch die Notwendigkeit einer suprastaatlichen Koordinierung entstanden ist. Die Entstehung und Stärkung einer Vielzahl von Regimen und Institutionen zum Zwecke einer Global Governance stellt eine Antwort auf diese postnationale Konstellation dar. Am eindrucksvollsten und am weitesten fortgeschritten ist hier sicherlich der europäische Einigungsprozess. Die Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung kann daher auch als eine notwendige Strategie, der postnationalen Herausforderung politisch standhalten zu können, angesehen werden. Dies ist jedoch mit einem erheblichen Souveränitätsverlust nationalstaatlicher Parlamente, aber auch kommunaler Organe der Selbstverwaltung, verbunden. Bereits vor dem Eintreten der sogenannten Eurokrise ist es insbesondere im wirtschafts-

werfen müssen. Der Europäische Fiskalpakt sieht nicht nur die zwingende Einführung einer sogenannten Schuldenbremse, sondern auch eine von der Europäischen Kommission ausgeübte Obergrenze über die nationalen Haushalte vor, womit eines der vornehmsten Rechte der nationalen Parlamente erheblich eingeschränkt wird.⁸

Es ist weder wahrscheinlich, dass die im Zuge der Rettungspolitik auf die supranationale Ebene übertragenen finanz- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen wieder auf die nationalstaatliche Ebene zurückverlagert werden, denn das ist rechtlich nicht möglich, noch dass es zu einer wirklichen Demokratisierung der diesen Maßnahmen zugrundeliegenden Entscheidungsprozessen kommt, so sehr das auch von einigen, vor allem bundesrepublikanischen, Intellektuellen⁹ eingefordert wird. Doch was hat die Eurorettungspolitik mit der zunehmenden Nichtwahl zu tun? Erstens wird damit ein neoliberaler Politikstil inten-

siviert und auf Dauer gestellt, der auf der einen Seite, wie erwähnt, den demokratischen Entscheidungsspielraum beschneidet und auf der anderen Seite zu einer Verfestigung gesellschaftlicher Spaltungen führt.¹⁰ Zweitens – und darauf werde ich im folgenden Abschnitt eingehen – wird der Verlust an demokratischer Entscheidungsgewalt durch eine Zunahme symbolischer Politik begleitet. Drittens – und das ist Gegenstand des abschließenden Abschnittes – ist es durchaus rational, wenn sich diejenigen, die sich als Verlierer der neoliberalen Politik betrachten, den demokratischen Ritualen entziehen.

3 Die Simulation der Demokratie

Es ist in den vergangenen Jahren viel über Mediendemokratie, Zuschauerdemokratie, inszenierte Demokratie, Demokratie als bloßes Ritual, aber auch über Politik- und Parteienverdrossenheit geschrieben worden. Die entsprechenden Publikationen reichen von populärwissenschaftlichen Abrechnungen mit der «politischen Klasse» bis hin zu seriösen politikwissenschaftlichen Abhandlungen. Bernard Manin hat in seiner viel beachteten Studie zur repräsentativen Regierung eine zunehmende «Personalisierung der Wahlentscheidung und die «Herrschaft des Medienexperten» als zentrale Merkmale einer «Publikumsdemokratie», die seit den 1980er Jahren der Parteiendemokratie gefolgt sei, herausgehoben.¹¹ Manin argumentiert, dass nicht länger Kandidaten gewählt würden, die für bestimmte Programme stehen, sondern es vornehmlich auf ihr jeweiliges Image ankommt. Colin Crouch geht in seiner Postdemokratie-Studie einen Schritt weiter. Ihm zufolge ist der öffentliche Wahlkampf ein fest kontrolliertes Spektakel, welches von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors organisiert wird. Sie bestimmten die politische Agenda durch die Auswahl und anschließende Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker

personalisiert werden. Die Menge der Bürger spiele dabei lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des «Wahlspiels» fände dann der tatsächliche politische Prozess statt und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten. Damit einher gehe die Angleichung der politischen Parteien und ihres Personals, was wiederum dazu führe, dass Unterschiede zunehmend inszeniert werden müssen.¹²

Das Phänomen einer Inszenierung der Demokratie ist indes alles andere als neu. So hat bereits Platon in seinen «Nomoi» die Demokratie als eine «Theatrokratie» bezeichnet. Und spätestens seit den 20er Jahren des 20. Jahrhundert gehört die Entlarvung des Bildes von einer demokratischen Öffentlichkeit, in der mit Argumenten über das Gemeinwohl gestritten werde, als bloße Illusion zum Standardrepertoire einer soziologischen «Aufklärung».¹³ Wenn hier dennoch davon ausgegangen wird, dass die symbolische Dimension der Politik, eine neue Qualität erreicht hat, dann geschieht dies vor dem Hintergrund der im vorigen Abschnitt beschriebenen Entdemokratisierungsprozesse. Denn wenn die Beobachtung zutreffend ist, dass grundlegende Entscheidungen von Expertengremien bzw. in supranationalen Gremien getroffen werden, gleichzeitig der Legitimationsbedarf politischen Handelns angesichts weitreichender Entscheidungen steigt, dann ist die von vielen beklagte Intensivierung der bloß symbolischen oder inszenierten Politik eine kaum zu vermeidende Konsequenz. Dazu zählt auch die mediale Inszenierung und vor allem Personalisierung von Wahlen und Wahlkämpfen.¹⁴ Wahlen werden als das Hochamt der modernen Demokratie bezeichnet. Kommt in repräsentativen Demokratien doch hier sinnfällig das Ideal der politischen Gleichheit zum Aus-

druck. An Wahlen teilnehmen darf in einer Demokratie jeder erwachsene Staatsangehörige und das betrifft sowohl das aktive wie das passive Wahlrecht. Dass es sich dabei um eine für das demokratische Selbstverständnis so grundlegende Norm handelt, wird auch daran deutlich, dass die Aberkennung des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland mit recht hohen Hürden versehen ist und es dazu auch nur sehr selten kommt. Die Sonntagsfrage, bei der regelmäßig die Wahlpräferenzen abgefragt werden, die Intensität der Wahlkämpfe und nicht zuletzt die ausführliche Berichterstattung am Wahlabend sind weitere Indizien für die immense Bedeutung, die Wahlen in modernen Demokratien zukommt. Die dahinterstehende Erzählung, der «demokratische Mythos»,

lautet wie folgt: «Unermüdlich wiederholen es die Lehrer, die Wählerinitiativen und die Kandidaten selber: mit dem Stimmzettel kann der Wähler seine Abgeordneten und die Politik kontrollieren; ein Bürger, der nicht zur Wahl geht, braucht sich hinterher nicht über eine schlechte Regierung zu beschwerte, und überhaupt sind Wahlen das Fundament der Demokratie.»¹⁵ Allerdings, so Murray Edelman, entspricht diese Erzählung nicht der Realität – eben deshalb handelt es sich auch um einen Mythos. Die Wahlen programmieren nicht die Politik, die Politiker orientieren sich in ihrem Handeln nur bedingt an den Wahlergebnissen.

Edelman hat diese Charakterisierung von Wahlen in den 1960er Jahren mit Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika verfasst. Seine dahinterstehende Theorie von «Politik als Ritual» und deren Unterscheidung zwischen einer instrumentellen und einer bloß symbolischen Seite der Politik ist kontrovers diskutiert worden.¹⁶ Zu Recht lässt sich deren verschwö-

rungstheoretischer Gehalt, dem zufolge die Bürger lediglich eine manipulierte Masse darstellen, hinterfragen. Gleichwohl darf diese Kritik nicht, wie ich im Folgenden argumentiere, dazu führen, den rituellen Charakter von Wahlen und Wahlkämpfen zu vernachlässigen. Meine These ist, dass diese symbolische Funktion von Wahlen nun umso bedeutsamer geworden ist, je mehr ihre praktischen Effekte an Relevanz in Zeiten der Postdemokratie verloren haben.¹⁷

Allerdings greift es zu kurz, wie Edelman lediglich ideologiekritisch zwischen einer wahren Interessenpolitik und einer scheindemokratischen Fassade zu unterscheiden. Demokratische Rituale besitzen vielmehr eine sozialintegrative Funktion,¹⁸ sie dienen dazu, sich der Identität als gu-

ter Demokrat zu vergewissern. Demokratische Beteiligungsformen im Allgemeinen und Wahlen im Speziellen sind immer auch Rituale, in denen die symbolische Integration der Gesellschaft sichergestellt und reproduziert wird. Sie dienen ebenso der Vergewisserung eines Zusammengehörigkeitsgefühls wie der Bestätigung fundamentaler politischer Ideale. Das wird auch von Edelman betont:

«Sie geben den Leuten Gelegenheit, ihre Unzufriedenheit oder ihre Begeisterung zu artikulieren und das Gefühl des «Dabeiseins» zu haben. Dies ist jedoch im wesentlichen Teilnahme an einem rituellen Akt, nur in geringerem Maße an der Formulierung der Politik. Wie jedes Ritual (sei es in primitiven oder in modernen Gesellschaften) lenken Wahlen die Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen sozialen Grundwerte und darauf, daß es wichtig und offenbar auch vernünftig ist, die eingeschlagene Politik zu unterstützen. Ohne derartige Mittel vermag sich kein Gemeinwesen zu halten und sich den Rückhalt oder das still-

Die Wahlen programmieren nicht die Politik, die Politiker orientieren sich in ihrem Handeln nur bedingt an den Wahlergebnissen.

schweigende Einverständnis seiner Mitglieder zu sichern. Der Witz dabei ist jedoch, daß Wahlen diese unentbehrliche gesellschaftliche Funktion nicht erfüllen können, wenn der allgemeine Aberglaube an die Kontrollfunktion von Wahlen in größerem Umfang in Frage gestellt würde. Das hartnäckige Bestehen der Interessierten darauf, daß niemand sich von dem Ritual ausschließt, ist so gesehen durchaus verständlich und sinnvoll.»¹⁹

Mit anderen Worten, die Inszenierung eines demokratischen Scheins erzeugt den Glauben an die Legitimität einer nicht-demokratischen politischen Ordnung. Damit diese Legitimität auch nicht infrage gestellt wird, ist es so wichtig, dass «niemand sich vom Ritual ausschließt». In zwei Schritten lässt sich indes über die klassisch ideologiekritische Position von Edelman hinausgehen. Zunächst soll Inggolfur Blühdorns²⁰ Kritik an Edelmans Theorie der symbolischen Politik aufgegriffen werden. Allerdings werde ich sodann argumentieren, dass Blühdorns Theorie einer «simulativen Demokratie», die er dem traditionellen Entlarvungsdiskurs entgegenstellt, lediglich jene Teile der Bevölkerung erfasst, die sich an den demokratischen Ritualen beteiligen.

Von den Dauer-Nichtwählern glaubt die Hälfte, dass Wahlen nichts Besonderes sind bzw. dass die Politik keinen Einfluss auf den Alltag habe.

Die Kernthese von Blühdorn ist, dass wir es in den gegenwärtigen Demokratien nicht mit einem falschen Bewusstsein auf Seiten derjenigen zu tun haben, die sich an demokratischen Verfahren beteiligen. Vielmehr geht er von «einer Art stillem Einvernehmen»²¹ zwischen den politischen Entscheidungseliten und den politisch engagierten Bürgern aus. Beide Seiten, so Blühdorn, haben nämlich ein Interesse daran, dass der demokratische Mythos aufrechterhalten bleibe. Er führt dies vornehm-

lich darauf zurück, dass «systemische Imperative»²² in der postmodernen Welt – Blühdorn selbst spricht von einer dritten Moderne – es auf der einen Seite gar nicht zulassen, dass tatsächlich demokratisch, also von unten entschieden wird. Auf der anderen Seite – und darin besteht die eigentliche Provokation seiner Argumentation – besitzen die Bürger gar kein Interesse (mehr) an einer «vermeintlich authentischen Politik», also an Praktiken der Selbstregierung. Denn eine solche würde nicht nur an den systemischen Imperativen zerschellen, sondern den Bürgern auch zu viel zumuten, nämlich in der Konsequenz die Aufgabe ihres konsumistischen Lebensstils. Mit anderen Worten, Blühdorn unterstellt den Bürgern weniger ein falsches Bewusstsein, als eine Art Unaufrichtigkeit (*la mauvaise foi*), wie sie Jean-Paul Sartre so wunderbar in «Das Sein und das Nichts»²³ beschrieben hat. Man inszeniert eben nicht nur jene Normen die gesellschaftlich gewünscht sind, sondern will auch insofern an sie glauben, als sie wesentlicher Bestandteil des Selbstbildes sind. Zugleich lässt man sich von ihnen aber nicht so weit determinieren, dass sie die eigene Autonomie gefährden – und das heißt

in der postmodernen Welt vor allem Karriere und Konsum. Eben deshalb bestehe ein gesamtgesellschaftlicher Bedarf, den demokratischen Mythos immer wieder aufs Neue zu inszenieren. Dazu

passt Blühdorn zufolge auch der oftmals beschriebene Wandel der Partizipationsformen vom Engagement in Parteien hin zu flüchtigen Formen der Beteiligung wie die Teilnahme an Demonstrationen, Bürgerversammlungen, Online-Petitionen oder Konsum-Boykotten, die sich eben wie Wahlen dadurch auszeichnen, dass sie «die Gültigkeit demokratischer Normen» inszenieren, auch wenn «der Ausgang solcher demokratischer Rituale auf zentrale Fragen der gesellschaftlichen Zukunft

(etwa die von transnationalen Akteuren verordnete Sparpolitik) keinerlei Einfluss haben wird».²⁴

Blühdorns Theorie verdeutlicht, weswegen gerade in Zeiten der Supranationalisierung und des Postparlamentarismus der demokratische Mythos so intensiv beschworen wird, und zwar nicht nur auf Seiten der politischen Entscheidungseliten, sondern auch auf Seiten derjenigen, die in der einen oder anderen Form zu den Gewinnern der gegenwärtigen Gesellschaftsformation gehören. Damit sind nicht nur jene gemeint, deren Einkommen bzw. Vermögen in den letzten beiden Jahren erheblich gestiegen sind, sondern auch jene, die etwa von den gewachsenen Mobilitätsmöglichkeiten – sei es als Erasmus-Studenten oder als Fernreisende – profitieren und trotz allem Lamentierens von einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel mehr zu befürchten als zu hoffen haben. Allerdings schießt Blühdorn dort über das Ziel hinaus, wo er die simulative Demokratie als ein «gesamtgesehliches Projekt»²⁵ bezeichnet.

Zwar betont Blühdorn zu Recht die Bedeutung demokratischer Wahlen sowie unkonventioneller Formen politischen Engagements zum Zwecke der wechselseitigen Vergewisserung demokratischer Ideale. Doch das gilt nur für die Bürger, die in der Lage sind, am politischen und öffentlichen Leben auch tatsächlich teilzunehmen. Nicht eingeschlossen sind hingegen jene, die sich nicht der Gewinnerseite der «postdemokratischen Konstellation», bestehend aus neoliberaler Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie der Dauerinszenierung des demokratischen Mythos, zugehörig fühlen. Dabei handelt es sich um jene Menschen, die über wenig Einkommen und nicht über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, also jene, die den Gang zur Wahlurne in den vergangenen Jahren zunehmend verweigert haben. Gegen den Strich gelesen verweist Blühdorns Theorie der simulativen Demokratie somit auf eine eigen-

tümliche Rationalität, die der Wahlverweigerung auf Seiten der sozial Schwachen eigen ist. Darauf soll abschließend eingegangen werden.

4 Die verzweifelte Rationalität der Nichtwahl

In Armin Schäfers Untersuchung zum «Verlust politischer Gleichheit» findet sich die Aussage, dass vielen der Nichtwähler schlichtweg der Glaube fehle, dass «Wahlen etwas verändern».²⁶ Diese Beobachtung findet sich auch in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Studie «Nichtwähler in Deutschland»²⁷ wieder. Die Untersuchung unterscheidet zwischen sporadischen Nichtwählern, die immerhin 46 Prozent der Befragten ausmachen, Erst-Nichtwählern (16%), Dauer-Nichtwählern (14%) und Wahlverweigerern (24%).²⁸ Interessant sind die soziale Zusammensetzung und die Einschätzung hinsichtlich der Bedeutsamkeit von Wahlen bei den letzten beiden Gruppen. Hinsichtlich der sozialen Struktur lässt sich der Studie entnehmen, dass insbesondere bei den Dauer-Nichtwählern und den Wahlverweigerern der Anteil derer, die über ein geringes Einkommen und nicht über eine allgemeine Hochschulreife verfügen, im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen der Nichtwähler, besonders aber im Vergleich zu den Wählern hoch ist.²⁹ Die Ergebnisse decken sich mithin mit den bereits erwähnten Befunden von Armin Schäfer. Entscheidend ist nun, dass in diesen beiden Gruppen auch der Eindruck weit verbreitet ist, Wahlen würden nichts bewirken: «Während die Mehrheit der Nichtwähler die Bedeutung der Politik für das eigene Leben als durchaus wichtig einschätzt und Wahlen für ein besonders Privileg hält, sind die Wahlverweigerer und vor allem die Dauer-Nichtwähler in ihrer Bewertung sehr viel distanzierter. Von den Dauer-Nichtwählern glaubt sogar die Hälfte bzw. mehr als die Hälfte, dass Wahlen nichts Besonderes sind bzw. dass die Politik keinen

Einfluss auf den Alltag habe. Über die Hälfte der Dauer-Nichtwähler meint zudem, dass man mit seiner Stimme bei Wahlen so gut wie nichts bewirken kann.»³⁰ Diese Ergebnisse werden auch von einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt, der zufolge 45 Prozent der Angehörigen der «unteren Schicht» der Zusage zustimmen, «es bringt nichts, sich politisch zu engagieren».³¹ Die Zustimmung zu dieser Aussage fällt bei der unteren Mittelschicht mit 31 Prozent und der oberen Mittelschicht/Oberschicht mit 18 Prozent deutlich geringer aus.

Der gleichen Untersuchung ist zudem zu entnehmen, dass sich bei den Bürgern der Ein-

Agenda zu setzen. Deren Wahlverweigerung erlaubt es mithin den politischen Eliten, über diese Interessen hinwegzugehen und würde damit den oben beschriebenen Teufelskreislauf aus Wahlenthaltung und mangelnder Responsivität weiter bestärken. Aus der hier entwickelten Argumentation ergibt sich jedoch eine andere Interpretation. Wie oben argumentiert, hat sich nämlich in den vergangenen beiden Jahrzehnten ein Regime entwickelt, das einen bestimmten, nämlich neoliberalen Politikstil festschreibt. Hinzu kommt die Angleichung der politischen Parteien und ihres Personals, die diesen Politikstil als «alternativlos» verteidigen. Kurzum, angesichts

In der Gemeinschaft der Demokraten können sich sozial Schwache kaum wiederfinden und der Gang zur Wahl würde eine gesellschaftliche Ordnung legitimieren, die sie aus ihrer Perspektive massiv benachteiligt.

druck verfestigt hat, die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland seien ungerecht.³² Nicht zuletzt wird die Möglichkeit, durch eigene Anstrengung einen sozialen Aufstieg zu bewerkstelligen, von 42 Prozent verneint. Diese Einschätzungen sind durchaus realistisch, wie Brigitte Geißel betont. Sie stellt unter Verweis auf die erwähnte Bertelsmann-Studie fest: «Bildungs- und einkommensarme Personen scheinen deutlich wahrzunehmen, dass die politischen Entscheidungsträger ihre Präferenzen kaum berücksichtigen und sich nicht um ihre Interessen kümmern.»³³ Und die Konsequenz aus dieser Einsicht könnte nun eben die Weigerung sein, an den demokratischen Ritualen weiter teilzunehmen.

Einer konventionellen Deutung zufolge, mit der auch die Forderung nach Einführung einer Wahlpflicht verbunden ist, handeln die Wahlverweigerer irrational, berauben sie sich damit doch einem entscheidenden Mittel, ihre Forderungen zumindest auf die politische

der Verfestigung postdemokratischer Verhältnisse, insbesondere mit Blick auf wirtschafts- und geldpolitische Strukturen, und dem damit einhergehenden Bedeutsamkeitszuwachs der rituellen Seite demokratischer Partizipation, lässt sich in der Verweigerung der Teilnahme an demokratischen Ritualen eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität sehen. Denn insofern durch den Wahlakt als Kern demokratischer Legitimität eine inhaltliche Programmierung staatlichen Handelns kaum bewirkt werden kann, insbesondere aber ein Wandel der Sozial- und Wirtschaftspolitik in Richtung mehr Egalität und Chancengleichheit angesichts der geringen haushaltspolitischen Spielräume und der Festschreibung einer neoliberalen Angebotspolitik wenig wahrscheinlich erscheint und zugleich sich der Eindruck einer strukturellen Ungerechtigkeit verfestigt, wird die symbolische Dimension von Wahlen immer wichtiger. In der durch Wahlen und andere Formen der politischen Beteiligung gestifteten Gemeinschaft der De-

mokraten können sich sozial Schwache aber kaum wiederfinden und der Gang zur Wahl würde eine gesellschaftliche Ordnung legitimieren, die sie aus ihrer Perspektive massiv benachteiligt. Warum sollten sie denn auch ein Ritual befolgen, von dem sie sich nichts (mehr) erhoffen können? Warum zur Wahl gehen, wenn das sowieso wenig bis nichts an der persönlichen Situation ändert? In einem zweifelsohne paradoxen Sinne stellt der Akt des Wahlboykotts somit einen moralischen Appell an die Mehrheitsgesellschaft und ihrer Meinungsführer dar, das, was sie alle vier Jahre zelebrieren, nicht nur in seinem symbolischen Gehalt beim Wort zu nehmen.

Der Text von Dirk Jörke bildete die Grundlage seines Vortrages am 1. Juni 2016 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die ungekürzte Fassung ist erschienen unter dem Titel «I prefer not to vote, oder vom Sinn und Unsinn des Wählens in der Postdemokratie», in: Richter, Hedwig/Buchstein, Hubertus (Hrsg.): Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie, Springer VS Wiesbaden 2016, S. 101–119.

1 Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M./New York 2015, S. 116. **2** Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel (Hrsg.): Defekte Demokratien Bd. 1, Theorien und Probleme, Opladen 2003. **3** Dalton, R. J.: Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2004; Armington, Klaus/Guthmann, Kai: Democracy in crisis? The declining support for national democracy in European countries, 2007–2011, in: European Journal of Political Research 53, 3/2014, S. 423–442. **4** Jüngere Überblicke über die Postdemokratiendebatte liefern Haus, Michael: Regieren als Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie- und Governance-Diskurs, in: Egner, B./Haus, M./Terizakis, G. (Hrsg.): Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt, Wiesbaden, S. 135–155; Jochem, Sven: Entzauberungen der Demokratie – Theorien der Postdemokratie im Vergleich, in: Armington, K. (Hrsg.): Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie, Wiesbaden 2013, S. 445–546. **5** Rancière, Jacques: Das Unvernehmen, Frankfurt a. M. 2002, S. 111 (Hervorhebung im Original). **6** Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 13. **7** Für diese und ähnliche Einwände vgl. Merkel, Wolfgang: Die Krise der Demokratie als politischer Mythos, in: Blum, H./Fischer, K./

Llanque, M. (Hrsg.): Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin 2012, S. 433–448; Ders: Is there a crisis of democracy?, in: Democratic Theory 1, 2/2014, S. 11–25. **8** Eine kurze Zusammenfassung der antidemokratischen Implikationen der «Rettungsmaßnahmen» findet sich bei Streck, Wolfgang/Schäfer, Armin (Hrsg.): Politics in the Age of Austerity, Cambridge 2013, S. 153–156. Eine ausführlichere Analyse liefern Enderlein, Henrik: Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie: Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008–2013, in: PVS 54, 4/2013, S. 714–739 und Oberdorfer, Lukas: Krisenbearbeitung in der Europäischen Union. Economic Governance und Fiskalpakt – Elemente einer autoritären Wende?, in: Kritische Justiz 45, 1/2012, S. 26–38. **9** Brunkhorst, Hauke: Auswege aus der technokratischen Falle, in: Leviathan 42, 4/2014, S. 508–523, hier S. 507, 522; Habermas, Jürgen: Der Demos der Demokratie – eine Replik, in: Leviathan 43, 2/2015, S. 145–154. **10** Zu den ungleichheitsverschärfenden Effekten neoliberaler Politik vgl. Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit, S. 51–72. **11** Manin, Bernard: Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin 2007, S. 298, 300. **12** Die inhaltliche wie optische Annäherung der politischen Parteien ist in der Literatur mehrfach belegt und kritisiert worden, vgl. u. a. Mair, Peter: Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy, London/New York 2013. **13** Vgl. Lippmann, Walter: Public Opinion, New York 1997; Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Stuttgart 1993. Marcus Llanque zeigt ebenfalls in diesem Sammelband, dass Wahlen um 1900 oft von Gewalt oder Korruption geprägt waren und damit den schon damals geltenden Normen von Gleichheit und Fairness nicht entsprachen. **14** Vgl. hierzu die Beiträge in Dörner, Andreas (Hrsg.): Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt a. M. 2002. **15** Edelman, Murray: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 2. **16** Einen knappen Überblick liefert Nullmeier, Frank: Nachwort, in: Edelman: Politik als Ritual, S. 199–219. **17** Das wird auch von Peter Mair betont, der im Anschluss an Walter Bagehot zwischen einer «dignified» und einer «efficient» Funktion von Wahlen unterscheidet (Mair: Ruling the Void, S. 18.). **18** Zur sozialintegrativen Dimension von Symbolen vgl. Göhler, Gerhard: Politische Symbole – symbolische Politik, in: Rossade, W./Sauer, B./Schirmer, G. (Hrsg.): Politik und Bedeutung. Ralf Rytlewski zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2002, S. 27–42. Hedwig Richter hebt in diesem Band zudem hervor, dass Wahlen im 19. Jahrhundert auch ein wichtiges Instrument zur «Erfassung und Disziplinierung der Bevölkerung boten». Ihre These lädt zu der Vermutung ein, dass angesichts der Anstrengungen, die vonseiten der Bundesregierung, der politischen Parteien, der Bundeszentrale für politische Aufklärung sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung unternommen werden, diese Funktion von Wahlen kein Relikt vergangener Zeiten darstellt. **19** Edelman: Politik als Ritual, S. 2 f.; vgl. Dörner: Wahl-Kämpfe, S. 29. **20** Blühdorn, Ingolfur: Simulative Demokratie, Berlin 2013. **21** Ebd., S. 183. **22** Ebd., S. 182. **23** Sartre, Jean-Paul: Das Sein und das Nichts, Reinbek 1991. **24** Ebd., S. 177 f. **25** Ebd., S. 183. **26** Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit, S. 114. **27** Güllner: Nichtwähler in Deutschland. **28** Dauer-Nichtwähler haben sich an allen vier der vergangenen Bundestagswahlen nicht beteiligt, Wahlverweigerer haben an zwei bis drei der vergangenen vier Bundestagswahlen nicht teilgenommen. **29** Ebd., S. 19. **30** Ebd., S. 32 f. **31** Bertelsmann-Stiftung: Gespaltene Demokratie, Gütersloh 2013, S. 20. **32** Ebd. **33** Geißel, Brigitte: Zerstört soziale Ungleichheit die Demokratie?, in: Politikum 1, 4/2015, S. 26–34, hier S. 32.

Friederike Bahl

INSTITUTIONENVERTRAUEN UND WAHLBETEILIGUNG

ZUR LEERSTELLE EINES ERKLÄRUNGSZUSAMMENHANGS

Aus der Diskussion zur Verfasstheit von Demokratien ist die Wahlforschung kaum wegzudenken. Wie WählerInnen darüber entscheiden, wem sie ihre Stimme geben, und wie der politische Willensbildungsprozess in repräsentativen Demokratien Befugnisse zuweist, kann in der Öffentlichkeit stete Aufmerksamkeit beanspruchen.¹

In der Folge existiert eine Reihe von Untersuchungen,² die das Wahlverhalten, seinen Wandel über die Zeit ebenso wie die Ursachen für sinkende Wahlbeteiligung untersuchen. In jüngerer Zeit sind statistische Analysen von Befragungsdaten damit befasst, die Motive von NichtwählerInnen zu bestimmen, das Ausmaß ihres politischen Interesses zu erfassen und ihre Einstellung zu Politik und Parteien zu erklären.³ Die Erklärungen folgen zwei Mustern: Entweder suchen sie Nichtwahlhandeln als situative Kosten-Nutzen-Entscheidungen zu rekonstruieren oder sie erklären es im Rückbezug auf langfristige sozialstrukturelle Bedürfnislagen. Ein begriffliches Scharnier, das beide Perspektiven zusammenschließt, wird im Konzept des Institutionenvertrauens gesehen.⁴

Das Argument des Beitrags ist, dass Institutionenvertrauen jedoch nur begrenzte Erklärungskraft hat, da es die Erklärung von Nichtwahl einseitig zuschneidet – auf das Verhältnis von Politikangebot und -nachfrage. Demgegenüber legen aktuelle Befunde nahe, dass die Untersuchung von Wahlbeteiligung darüber hinaus in einen erweiterten Kontext der Frage nach Gesellschaftsbildern gestellt werden muss. Mit ihnen werden die Selbst- und Weltbezüge⁵ der Wahlberechtigten berücksichtigt. Wahl- bzw. Nichtwahlbe-

teiligung lässt sich weder auf das kurzfristige Kosten-Nutzen-Kalkül wählender PolitikundInnen reduzieren, noch erschöpft sie sich im Nachvollzug von langfristigen sozialen Konfliktlinien. Vielmehr wählen Menschen entsprechend ihrem Verständnis ihrer sozialen Lage, den von ihnen angenommenen Anrechten und den vermuteten Handlungsmöglichkeiten. Mit der Art, wie die Wahlberechtigten auf sich selbst und die Welt Bezug nehmen, können sich in derselben sozialen Lage die Situationsdeutung dieser Lage ebenso wie die politischen Handlungspraktiken ihrer Bewältigung verändern.

1 Wahlpraxis zwischen individueller Präferenz und sozialstruktureller Positionierung

Wenn es darum geht, Wahlverhalten zu erklären, dann kommen die angebotenen Forschungsperspektiven vor allem aus zwei Richtungen. Betrachtet die eine Wahlbeteiligung als individuelle Präferenzentscheidung, betont die andere die Relevanz des sozialen Kontextes der WählerInnen. Zur ersten Perspektive lässt sich etwa der ökonomische Ansatz zur Analyse politischer Prozesse zählen, der auf die Arbeiten von Anthony Downs zurückgeht.⁶ Mit ihm wird davon ausgegangen, dass Wahlentscheidungen vor allem einer Logik der Nutzenmaximierung folgen. Zur zweiten Perspektive gehören dagegen Ansätze, die Wahlverhalten weniger auf punktuelle, individuelle Präferenzentscheidungen der WählerInnen zurückführen als auf ihre langfristigen, sozialen Bezüge. Sie reichen von einer mikrosoziologischen Perspektive auf die im

sozialen Umfeld der WählerInnen dominierenden parteipolitischen Normen⁷ bis hin zu makrosoziologischen Ansätzen,⁸ die Wahlverhalten entlang der Positionierung der WählerInnen in gesellschaftlichen Konfliktlinien etwa entlang ihrer Zugehörigkeit zu einer spezifischen sozioökonomischen Lage erklären. Sozialstrukturelle Differenzen im Wahlverhalten und insbesondere die Überlegung, dass Wahlberechtigte, die in unteren sozialen Lagen zu verorten sind, in geringerem Ausmaß politischen Aktivitäten nachgehen, gelten als klassischer Befund.⁹

Während sich beide Erklärungsmuster teils unverbunden gegenüberstehen, unterbreiten aktuelle Studien¹⁰ im Begriff des Institutionenvertrauens ein konzeptionelles Angebot, beide Perspektiven gezielt zu verbinden und gleichzeitig die Relevanz dieses Angebots für die Erklärung von politischer Wahlbeteiligung kritisch zu prüfen.

2 Institutionenvertrauen als verbindendes Angebot

Wahlbeteiligung wird dann als Resultat von Institutionenvertrauen konzipiert, welches sowohl im Rahmen situativer Kosten-Nutzen-Entscheidungen als auch als langfristiger sozialisatorischer Effekt entstehen kann. Der konzeptionelle Gewinn ist, dass mit Institutionenvertrauen in dieser doppelten Perspektive zwei unterschiedliche Vertrauensbegriffe integriert werden, die bislang isoliert betrachtet wurden, aber deren Differenz wie Zusammenspiel gerade für den Zusammenhang von Institutionenvertrauen und Wahlbeteiligung zu prüfen sind: «trust» und «confidence».¹¹

«Trust» steht für eine Form von Vertrauen, in der die Entscheidung, zu vertrauen, angesichts bestehender Alternativen und Risiken bewusst abgewogen wird. Das Risiko, dass eine gewählte Oppositionspartei nach der Wahl nicht die angekündigte Reform verfolgt, lässt

sich vermeiden, aber nur, wenn die WählerInnen bereit sind, die möglichen Vorteile eines politischen Richtungswechsels auszuschlagen.

Betrachtet die eine Perspektive Wahlbeteiligung als individuelle Präferenzentscheidung, betont die andere die Relevanz des sozialen Kontextes der WählerInnen.

gen. Diese Form von Vertrauen wird im Konzept des Institutionenvertrauens über die Kosten-Nutzen-Definitionen¹² integriert. Mit ihnen wird im Erklärungsmodell von Wahlbeteiligung zunächst ein Leistungsgedanke installiert: Vertrauen wird politischen Institutionen beziehungsweise den sie repräsentierenden Personen solange entgegengebracht, wie die erwarteten Leistungen erfüllt werden.¹³ Besteht im Umkehrschluss zwischen erwarteter Leistung und tatsächlicher Performanz eine Kluft, entsteht Misstrauen und es kommt zu einem Abbruch der sozialen Beziehung zwischen WählerInnen und Politik.¹⁴

«Confidence» steht demgegenüber für eine Form von Vertrauen, in der mehr oder minder die Möglichkeit ausgeblendet wird, dass Ereignisse in der Regel kontingent sind und die eigenen Erwartungen enttäuscht werden können. Gehört im Alltagsleben hierzu etwa die Erwartung, dass Autos in der Regel nicht die Straße verlassen werden, kann unter der hier interessierenden Perspektive von Wahlbeteiligung die generelle Erwartung an politische Institutionen gezählt werden, dass PolitikerInnen versuchen werden, Krieg zu vermeiden. «Confidence» ergänzt die Kosten-Nutzen-Kalkulation so um die Überlegung, dass Wahlbeteiligung nicht nur von der situativen Performanz politischer EntscheidungsträgerInnen beeinflusst wird, sondern auch von ideologischen Orientierungen und generellen Erwartungen der Wahlberechtigten gegenüber dem politischen System.¹⁵ Im Konzept des

Institutionenvertrauens sind diese in der Frage nach sozialstrukturellen Effekten integriert, die das Vertrauen in politische Institutionen an sozialstrukturell diverse Systemerfahrungen binden.¹⁶

«Confidence» wie «trust» können beide routinisierte Vertrauenspraktiken sein.¹⁷ Immer jedoch ist Vertrauen in einen Zusammenhang von Erwartung und Enttäuschung gesetzt.¹⁸

Allen Forschungen zum Institutionenvertrauen ist gemeinsam, dass sie die Ursachen für Nichtwahlverhalten in einem gestörten Verhältnis der WählerInnen zu Parteien und Politik sehen.

In der Folge ist allen Forschungen zum Institutionenvertrauen gemeinsam, dass sie die Ursachen für Nichtwahlverhalten in einem gestörten Verhältnis der WählerInnen zu Parteien und Politik sehen.

Empirisch legen die Befunde¹⁹ zur Erklärung von sinkender Wahlbeteiligung durch fehlendes Institutionenvertrauen allerdings nahe, dass das Vertrauen in politische Institutionen nur einen Teil von Wahlbeteiligung erklären kann. Die Annahme, dass fehlendes Vertrauen zu Nichtwahl führt, können sie nur für den Teil der Wahlbeteiligung bestätigen, der auf Abwägungen der Wirksamkeit der Wahlentscheidung basiert. Angesichts der Leerstelle im Erklärungszusammenhang stellt sich so die Frage, inwieweit die Erklärung von Nichtwählerschaft nicht eines theoretischen Modells bedarf, das über das kurz- wie langfristige Verhältnis der WählerInnen zu Politik und Parteien hinausreicht. Der Beitrag offeriert dazu den Vorschlag, die Erklärung politischer Wahl- bzw. Nichtwahlpraxis in einen erweiterten Kontext der Frage nach den Gesellschaftsbildern der Wahlberechtigten zu stellen.

3 Empirische Exemplifizierung

Das empirische Beispiel, um Praktiken der Wahl- bzw. insbesondere auch der Nichtwahlbeteiligung nachzugehen, kann aktuelle Befunde zu den politischen Orientierungen von Beschäftigten einfacher Dienstleistungsarbeit liefern. Bisherige Studien identifizieren die Notwendigkeit einer sozialstrukturell sensiblen Aufschlüsselung von Nichtwählertrends und belegen in der Längsschnittperspektive darunter einen wachsenden Anteil von ArbeiterInnen.²⁰ Allerdings konzentrieren sie sich in der kategorialen Zuordnung auf industrielle Arbeit und lassen die Zweiteilung²¹ der Arbeiterschicht in industrielle und dienstleistende Einfacherarbeit außer Acht. Die Arbeitsmarktbereiche einfacher Dienstleistung machen in Deutschland etwa 14 Prozent der Erwerbstätigen aus.²² In Einkommensniveau, Lebensstandard und sozialer Sicherung lassen die hier Beschäftigten sich weniger zur Mittelschicht gebundenen Dienstklasse zählen, vielmehr liegen sie in dieser Hinsicht entweder gleichauf mit den Standards industrieller Einfacherarbeit oder unterschreiten sie sogar.²³ Wenn Nichtwählertrends mit sozialstrukturell absteigendem Niveau wahrscheinlicher werden, dann lassen sich die einfachen Dienstleistungen empirisch als Brennglas verstehen, das mögliche Aufschlüsse zu dahinterstehenden Motivlagen und Wahlpraktiken anbieten kann.

Die für den Beitrag herangezogene Datenbasis sind 52 qualitative Beschäftigteninterviews und drei Gruppendiskussionen in vier Branchen gering qualifizierter Dienstleistungsarbeit in vier Regionen Deutschlands. Sie entstammen dem empirischen Material einer explorativen Studie, die zwischen 2010 und 2012 zu den Lebensmodellen der Beschäftigten durchgeführt wurde.²⁴ Die untersuchten Branchen reichen von gewährleistenden Tätigkeiten in der Gebäudereinigung sowie Wach- und Schließdienst, über konsumori-

enterte Arbeiten im Lebensmittel- und Einzelhandel, bis hin zu distributiven Dienstleistungen der Post- und Zeitungszustellung. Die analytische Basis des Beitrags sind Deutungsmusteranalysen zu den in diesem Erwerbssegment existierenden politischen Haltungen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Frage der Wahlbeteiligung weder auf das kurzfristige Kosten-Nutzen-Kalkül wählender PolitikundInnen reduzieren lässt, noch im Nachvollzug von langfristigen sozialen Konfliktlinien erschöpft. Vielmehr geben die Befunde Aufschluss darüber, dass die Wahlbeteiligung im untersuchten gesellschaftlichen Ausschnitt nicht nur sehr unterschiedlich ausfällt, sondern auch, dass diese Unterschiede in der Wahlpraxis immer in Verbindung mit der Frage stehen, wie die Beschäftigten ihre soziale Lage verstehen, welche Anrechte sie für sich annehmen und welche Handlungsmöglichkeiten sie für sich sehen, kurz: welches Bild sie sich von der Gesellschaft, in der sie leben, machen.

Die Beschäftigten einfacher Dienstleistung unterscheiden sich in ihren politischen Haltungen weniger in der Ausprägung ihres Institutionenvertrauens,²⁵ vielmehr differenzieren sich diese entlang der Art ihrer Ausdeutung und praktischen Bewältigung seines Ausbleibens. Bei den Beschäftigten ist über die untersuchten Branchen hinweg ein weitgehendes Fehlen von Institutionenvertrauen zu verzeichnen, und zwar sowohl in der Hinsicht von «trust» im Sinne einer an spezifische Leistungen politischer EntscheidungsträgerInnen gebundenen Abwägung von Handlungsalternativen, als auch in der Hinsicht von «confidence» im Sinne eines eher unspezifisch existierenden Systemvertrauens: Sie identifizieren in den angebotenen Parteien weder konkrete EntscheidungsträgerInnen, denen sie ihre politische Repräsentation anvertrauen, noch hegen sie Vertrauen, dass das Regierungshandeln im

Normalfall gemeinwohlorientiert ist. Stattdessen erfahren sie staatliches Handeln als eines, das ihnen durch Mindestlöhne und Lohnaufstockung einerseits lediglich Minimalstandards sozialer Anrechte gewährt, andererseits in Form eines aktivierenden Sozialstaats als Sanktionsinstanz auftritt. Gleichzeitig übersetzt sich dieser Verlust von Institutionenvertrauen jedoch nicht in einen durchgängigen Trend zur Nichtwahl. Vielmehr lassen sich unter den Beschäftigten über alle untersuchten Branchen hinweg vier Varianten politischer Haltungen beobachten, in denen der erklärte Zusammenhang, dass Wahlbeteiligung auf Institutionenvertrauen verweist, zumindest auf die Probe gestellt wird.

3.1 Stiller Widerstand

Der stille Widerstand erfasst unter der Perspektive von politischen Haltungen eine der beiden größten Gruppen unter den Beschäftigten einfacher Dienstleistung. Er verweist tatsächlich auf einen hohen Anteil an NichtwählerInnen unter den Beschäftigten. Gleichzeitig handelt es sich hier weniger um einen passiven Rückzug aus Willensbildungsprozessen. Vielmehr findet sich in der Bereitschaft zu stillem Widerstand eine aktiv praktizierte Alternative zur politischen Abstimmung durch Wahlbeteiligung. Ihr Mittel ist Sabotage. Die

Als Kritikform geht es mit der Sabotage eher um versteckte Eingriffe, die allein auf punktuelle, individuelle Verbesserungen zielen.

empirische Spannweite der Sabotage reicht angefangen davon, dass die Beschäftigten in der Reinigung den Klolappen für die Kaffeetasche unliebsamer KundInnen benutzen, bis dazu, dass PostzustellerInnen auf das Problem, dass Post angesichts von zunehmendem Personalmangel und Arbeitsintensivierung systematisch liegenbleibt, damit reagieren, dass

sie Postladungen in den städtischen Fluss kippen. Die Handlungsstrategie lässt sich so zusammenfassen: Wer nicht den Widerstand in der formalen Beteiligung an Willensbildungsprozessen wählen will, weil die damit erzielbaren Ergebnisse sich auf die Gewährleistung von Mindeststandards beschränken, für den bleibt sabotative Resilienz. Der Verlust von Institutionenvertrauen bedeutet keinen Verlust von Handlungsfähigkeit, eher löst das Vertrauen in die eigenen Handlungskapazitäten das Vertrauen in Institutionen ab. Das Problem für die Frage von politischen Willensbildungsprozessen ist allerdings: So effektiv die Sabotage im Einzelfall sein kann, so liegt in ihr immer auch eine Tendenz der Reproduktion der eigenen Situation. Zwar prägen die Beschäftigten mit ihr eine Praxis, die gesellschaftliche Regeln nicht bedenkenlos duldet: In der Sabotage haben sie einen Weg gefunden, Arbeit und Leben zu gestalten und sich zu wehren, wenn sie sich ungerne behandelt sehen. Als Kritikform geht es mit der Sabotage aber weniger um die öffentlich wirksame Veränderung sozialpolitischer Entscheidungen. Eher geht es um versteckte Eingriffe, die allein auf punktuelle, individuelle Verbesserungen zielen.

3.2 Resignativer Rückzug

Der resignative Rückzug erfasst mit Blick auf politische Haltungen die zweite große Gruppe unter den Beschäftigten. Er steht allerdings weniger für einen weitgehenden Trend zur Nichtwahl als dafür, dass die Korrelation zwischen Institutionenvertrauen und Wahlbeteiligung entkoppelt wird: Die Beschäftigten wählen, aber diese Beteiligung basiert weder auf ihrem Vertrauen in zur Wahl stehende KandidatInnen noch auf dem Vertrauen in das politische System. Vielmehr praktizieren sie eine weitgehend ritualisierte Beteiligung, deren einziges inhaltliches Ziel Schadensbegren-

zung ist. Zwar sehen die Beschäftigten sich in der politischen Opposition, die ihre Wahlpräferenzen häufig in die sozialdemokratische Richtung wandern lässt. Allerdings unterbinden sie in ihrer Wahlpraxis gezielt jede Chance auf eine tragfähige Oppositionspolitik, indem sie aktiv nur Splittergruppen wählen, die keine oder kaum eine Chance auf mehrheitsfähige Koalitionsbildungen haben. Die Bedingung

Die Beschäftigten wählen, aber diese Beteiligung basiert weder auf ihrem Vertrauen in zur Wahl stehende KandidatInnen noch auf dem Vertrauen in das politische System.

fehlender Mehrheitsfähigkeit ist deshalb wichtig, weil ihnen, unter der Perspektive von Institutionenvertrauen gedacht, das allgemeine Vertrauen fehlt, dass das politische System gemeinwohlorientiert ist. Im Gegenteil vertrauen die Beschäftigten – allein negativ gewandt – darauf, dass politische Regelungen ihnen schaden werden, wenn sie darauf verzichten, die EntscheidungsträgerInnen durch permanenten Druck zu responsivem Verhalten zu zwingen. Das anvisierte Ziel der Protestwahl ist so weniger inhaltlich – da es ihnen egal ist, wen sie wählen –, als prozedural zu gewährleisten, dass die politischen EntscheidungsträgerInnen ihnen zumindest weniger schaden können, wenn sie dem politischen Kurs der regierenden Parteien über die Splittergruppenwahl kontrolliert Stimmen abziehen. Mit der Schadensbegrenzung wird die Formel des resignativen Rückzugs verständlich: Sie steht nicht für den durchgängigen Verzicht auf Beteiligung, sondern für eine Beteiligungspraxis, in der Gesellschaft sich jeder positiven Gestaltbarkeit entzieht. Unter der Perspektive eines Zukunft erschließenden Handlungsverbands ist Gesellschaft für die Beschäftigten kein Verband, dessen Gemeinwohlorientierung sie erwarten und der ihnen Optionen anbietet.

3.3 Formaler Protest

Die Praxis des formalen Protests erfasst die zahlenmäßig kleinste und gleichzeitig politisch aktivste Gruppe unter den Beschäftigten. Mehr noch als der resignative Rückzug steht der formale Protest für eine durchgängige Praxis der Wahlbeteiligung und kombiniert sie darüber hinaus mit einer weitreichenden politischen Beteiligung. Über Mitgliedschaften in Gewerkschaftsverbänden, Betriebsräten und teils Parteien nutzen die Beschäftigten alle Kanäle, die einem korporatistisch eingehegten Modell von Arbeitsgesellschaft folgen. Dahinter steht gleichzeitig nicht ein deutlich höheres Vertrauen in politische Institutionen, sondern eine politische Haltung, in der Protest selbst – ohne Ansehung der damit zu erreichenden Ergebnisse – zur gewohnten Praxis wird.

3.4 Autoritäre Rebellion

Auch die Praxis der autoritären Rebellion²⁶ steht nicht für einen durchgehenden Trend zur Nichtwahl. Anders als die übrigen politischen Praktiken setzen die Beschäftigten in diesem Fall aber weder auf Schadensbegrenzung noch auf formalen Protest, sondern auf offene Gewaltfantasien: Im empirischen Material reichen diese Fantasien zum Beispiel von der Gründung einer Untergrundorganisation, die in regelmäßigen Abständen die Vorsitzenden führender Wirtschaftszweige aus dem Weg räumt, bis hin zum Bürgerkrieg. Gemeinsam ist den politischen Haltungen der Beschäftigten, dass ihre Deutungen wiederkehrend der Selbstthematisierung einer gesellschaftlichen Ausweglosigkeit folgen, in der wesentliche Fragen des gesellschaftlichen Lebens über etablierte politische Verfahren nicht gelöst werden konnten. Der erfahrene Verlust institutioneller Leistungskraft führt allerdings nicht zu Passivität. Entlang der Gewaltfantasien wird eher deutlich, dass die Beschäftigten im politischen Prozedere nicht in den Rängen des Publikums bleiben wollen. Zwar wird

die wiederholt geäußerte politische Radikalität voraussichtlich Fantasie bleiben. Dennoch sind mit den Gewaltfantasien als vorrangige Kanäle, über die Kritik adressiert wird, sozialstrukturelle Konstellationen erreicht, in denen integrative soziale Konflikte desintegrative Formen annehmen. Mit genügend Nachdruck kommuniziert, demagogisch akzentuiert und auf einen Sündenbock zentriert, ist die Ansprechbarkeit für Ressentimentpolitik wahrscheinlich.²⁷

4 Fazit

Nimmt man die vorangegangenen Überlegungen zusammen, dann lassen sich unter der Frage nach dem Erklärungszusammenhang von Institutionenvertrauen und Wahlbeteiligung vor allem zwei Einsichten festhalten. Zum einen stehen die Arbeitsmarktbereiche einfacher Dienstleistung exemplarisch für ein gesellschaftliches Segment, in dem das existierende Besteck politischer Berücksichtigung ein Adressierungsproblem aufweist. Insbesondere sabotativer Widerstand und autoritäre Rebellion sind nicht nur Ausdruck der Tatsache, dass Ungleichheitserfahrungen in diesem gesellschaftlichen Ausschnitt auf der Tagesordnung stehen. Beide sind vor allem Antworten auf die Tatsache, dass für eine Artikulation dieser Ungleichheitserfahrungen seitens der Beschäftigten kaum etablierte Wege verfügbar sind: Angesichts der weitgehenden Abwesenheit von Betriebsräten und Tarifverträgen in diesen Arbeitsfeldern gelten für die Beschäftigten weder die Institutionen des Korporatismus, noch sehen sie sich in den angebotenen KandidatInnen des politischen Systems repräsentiert.

Zum anderen verweisen die Unterschiede in den politischen Praktiken darauf, dass Institutionenvertrauen nur einen Teil politischer Wahlbeteiligung erklären kann: Bei allen DienstleisterInnen ist ein weitgehender Verlust von Institutionenvertrauen zu verbuchen, gleichzeitig setzt sich dieser Verlust nicht in ei-

nen einhelligen Trend zur Nichtwahl um. Vielmehr zeigt eine der größten Gruppen unter den Beschäftigten, dass im resignativen Rückzug eine politische Wahlbeteiligung praktiziert wird, die sich vom Vertrauen in die Gestaltbarkeit von Gesellschaft weitgehend entkoppelt hat.

Wahlbeteiligung lässt sich so nicht auf die Frage nach der Austauschbeziehung zwischen PolitikanbieterInnen und PolitikadressatInnen beschränken. Die vier unterschiedlichen politischen Praktiken unterscheiden sich weniger entlang des Ausmaßes von Vertrauen in politische Institutionen als in der Art, wie sie den Verlust von Institutionenvertrauen deuten und mit seinem Ausbleiben umgehen. Diese differierten Bewältigungsmöglichkeiten legen nahe, dass die Analyse von Wahl- und Nichtwahlpraxis weiterer Variablen bedarf, die über die Beziehung zwischen Politik und Publikum hinaus die Relevanz des Selbst- und Weltbezugs der Wahlberechtigten berücksichtigen. Selbstverständlich sollte auch hier nicht eine singuläre Erklärungseinheit überbewertet werden. Aber die Frage nach Selbst- und Weltbezug kann einen klareren Blick auf die Relevanz von Gesellschaftsbildern für die Erfahrung von Handlungsfähigkeit anbieten.

1 Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.): *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Wiesbaden 2003, S. 7 f.; Schoen, Harald: *Wahlreform*, in: Gerlach, Irene et al. (Hrsg.): *Politikwissenschaft in Deutschland, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)*, Baden-Baden 2010, S. 223–238. **2** Müller, Walter: *Sozialstruktur und Wahlverhalten*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49/1997, S. 747–760; Evans, Geoffrey (Hrsg.): *The End of Class Politics?*, Oxford 1999; Clark, Terry N./Lipset, Seymour M. (Hrsg.): *The Breakdown of Class Politics?*, Washington 2001. **3** Vgl. Elsässer, Lea/Schäfer, Armin: *Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany*, MPfG Discussion Paper 16, 3/2016; Hadjar, Andreas/Köthemann, Dennis: *Klassenspezifische Wahlabstinenz – Spielt das Vertrauen in politischen Institutionen eine Rolle?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66/2014, S. 51–76; Gattig, Alexander: *Klasseneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58/2006, S. 510–533. **4** Hadjar/Köthemann: *Klassenspezifische Wahl-*

abstinenz; Easton, David: *A re-assessment of the concept of political support*, in: *British Journal of Political Science* 5/1975, S. 435–457, hier S. 449. **5** Bahl, Friederike: *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*, Hamburg 2014. **6** Downs, Anthony: *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957; Becker, Rolf: *Das Paradox der Wahlbeteiligung, das keines ist. Eine theoretische Rekonstruktion und empirische Anwendung des Ansatzes von Downs aus der Perspektive der Theorie subjektiver Werterwartung*, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden 2001, S. 553–597. **7** Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel: *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*, New York 1944. **8** Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: *Cleavage structures, party systems and voter alignments. An introduction*, in: Ders. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967, S. 1–64. **9** Vgl. Scott, Wilbur J./Acocck, Alan C.: *Socioeconomic status, unemployment experience, and political participation*, in: *Political Behavior* 1/1979, S. 361–381; Hadjar/Köthemann: *Klassenspezifische Wahlabstinenz*, S. 55; Elsässer: *Group Representation for the Working Class?*, S. 17. **10** Vgl. Hadjar/Köthemann: *Klassenspezifische Wahlabstinenz*. **11** Luhmann, Niklas: *Familiarity, confidence, trust: Problems and alternatives*, in: Gambetta, Diego (Hrsg.): *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations*, Oxford 2000, S. 94–107. **12** Vertrauen kann hier allerdings nicht als eine rein rationale Kosten-Nutzen-Kalkulation gefasst werden, da es zwar eine Abwägung von Alternativen gibt, aber eine Vertrauensentscheidung gerade darüber definiert ist, dass die Kosten im Falle einer Enttäuschung den erwarteten Nutzen deutlich übersteigen (Luhmann: *Familiarity*). **13** Hadjar/Köthemann: *Klassenspezifische Wahlabstinenz*, S. 56. **14** Ebd., S. 56. **15** Ebd.; Easton: *A re-assessment of the concept of political support*, S. 449. **16** Hadjar/Köthemann: *Klassenspezifische Wahlabstinenz*, S. 56. **17** Der Unterschied zwischen ihnen liegt erstens in der Wahrnehmung von Alternativen, zweitens in der Attribution von Verantwortung in Enttäuschungsfällen. Wird die Enttäuschung im Fall der von der gewählten Oppositionspartei nicht eingelösten Reform als eingegangenes Risiko dem eigenen Handeln zugeschrieben und die Vertrauensentscheidung bereut, wird Enttäuschung im Fall des politischen Forcierens von Krieg als Gefahr externalisiert, auf die der Wähler keinen Einfluss hat. **18** Luhmann: *Familiarity*. **19** Vgl. Hadjar/Köthemann: *Klassenspezifische Wahlabstinenz*, S. 71. **20** Ebd. **21** Esping-Andersen, Gøsta (Hrsg.): *Changing classes: stratification and mobility in post-industrial societies*, London/Newbury Park/New Delhi 1993; Bahl: *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*. **22** Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja: *Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit. Bericht zum Kurzprojekt «Explorative Entwicklung und Erprobung eines Untersuchungsinstruments für integrierte und differenzierte Langfrist-Analysen der beruflichen Arbeitsteilung und der Prekarisierung der Erwerbsstruktur in der BRD 1991–2009 mit den Daten des Mikrozensus»*, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung 2014, S. 77. **23** Oesch, Daniel: *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Basingstoke 2006. **24** Bahl: *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*. **25** Der über die vier Branchen hinwegreichende Verlust von Institutionenvertrauen ist sozialstrukturell insofern relevant, als die Ergebnisse aus den vier Branchen in der Studie komparativ der institutionellen Pflegearbeit gegenübergestellt wurden, die sich sowohl hinsichtlich der Arbeitsverfahren als auch der Zukunftsperspektiven und politischen Haltungen der Beschäftigten als empirischer Kontrastfall erwiesen hat (Bahl: *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*, etwa: S. 197–199, 206 f.). **26** Fromm, Erich: *Sozialpsychologischer Teil*, in: *Studien über Autorität und Familie, Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Paris 1936, S. 77–135. **27** Daniel Oesch hat für mehrere europäische Gesellschaften gezeigt, dass das Dienstleistungsproletariat Parteien der extremen Rechten und Linken mit «autoritärem Charakter» zuneigt (Oesch: *Redrawing the Class Map*).

DEMOKRATIE WÄHLE ICH KREUZWEISE

Demokratie ist ohne Wahlen nicht denkbar. Allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen zählen zu den Kernelementen einer Demokratie. In freien Wahlen organisiert sich die Willensbildung der Wahlbevölkerung. Sie sind das wirksamste Instrument der demokratischen Kontrolle und die zentrale Legitimationsquelle unserer parlamentarischen Demokratie. An demokratischen Entscheidungen sollten sich alle, die dazu berechtigt sind, aus freiem Willen und demokratischem Pflichtgefühl beteiligen.

Aber die einst deutlich ausgeprägte Wahlnorm erodiert. Die Wahlbeteiligung nimmt auf allen politischen Ebenen in der Tendenz ab. Diese Entwicklungen fördern die Diskussion um Legitimationsprobleme der parlamentarischen Demokratie und des politischen Willensbildungsprozesses. Vor diesem Hintergrund haben sich die politischen Stiftungen für das Jahr 2016 zu einer Reihe von Maßnahmen unter dem Motto «Demokratie wähle ich kreuzweise» verabredet.

Unser Ziel war es, gemeinsam den Ursachen und Auswirkungen sinkender Wahlbeteiligung nachzugehen und Vorschläge zu prüfen, die zu ihrer Steigerung beitragen können. Auf einer gemeinsamen wissenschaftlichen Fachtagung Ende Januar 2016 und bei zahlreichen Aktivitäten der einzelnen Stiftungen ist dies in den zurückliegenden Monaten in besonderem Maße geschehen.

Am Ende dieser thematischen Kooperation halten wir fest, dass es zu diesem Themenfeld recht unterschiedliche, zwischen uns teils durchaus kontrovers beurteilte Analysen und Einschätzungen gibt. Wir stimmen überein, dass es keine einfachen Lösungen gibt, wenn die Wahlbeteiligung dauerhaft wieder steigen soll, dass es aber durchaus einige Anregungen gibt.



Seit mehr als zwei Jahrzehnten erfährt die Entwicklung der Wahlbeteiligung in der öffentlichen Debatte zuweilen eine größere Aufmerksamkeit als die Verteilung der Stimmen auf die Parteien.

Vor allem dann, wenn die Wahlbeteiligung gesunken ist, wird über das parlamentarisch-demokratische System und die Legitimität der Parteiendemokratie gemutmaßt: Wenn sich eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern nicht beteiligt, wird beispielsweise gefragt, ob sich dahinter Unzufriedenheit oder Zufriedenheit mit dem Lauf der politischen Dinge verbirgt, oder ob dies Gleichgültigkeit oder gar Abwendung vom demokratischen System ausdrückt. Doch einfache Erklärungen werden der gewachsenen Zahl von Nichtwählerinnen und Nichtwählern nicht gerecht, die Motive der Nichtwahl sind vielfältig.

Bei Bundestagswahlen in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beteiligten sich um die 90 Prozent der Wahlberechtigten. Vor diesem Hintergrund wirft eine sinkende Wahlbeteiligung Fragen nach der Repräsentativität und Legitimität parlamentarischer Entscheidungen auf. In der Berichterstattung ist oftmals von einer «Partei der Nichtwähler» die Rede, die wieder einmal «stärkste Partei» geworden sei. Tatsächlich gibt es «den Nichtwähler» oder «die Nichtwählerin» als bestimmten sozialen Typus bzw. als Gruppe nicht; ebenso wenig kann von einheitlichen Motiven für die ausbleibende Beteiligung oder einem gleichgerichteten Willen

der Nichtwähler und Nichtwählerinnen ausgegangen werden.

Ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler macht einen deutlichen Unterschied zwischen den staatlichen Ebenen Bund, Länder und Kommunen und ihrer Bedeutung für die eigenen Lebensverhältnisse, Interessen und Vorstellungen. Einem Teil der Nichtwähler werden taktische Motive zugerechnet: Man beteiligt sich nicht, weil der Wahlausgang festzustehen scheint, weil man diese eine Wahl nicht für wichtig hält oder weil man seiner Partei einen «Denkzettel» verpassen möchte.

Die Wahlforschung zeigt aber auch, dass die Zahl der dauerhaften Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die sich an mindestens zwei Wahlterminen nicht beteiligen, kontinuierlich wächst. Entfremdung, Gleichgültigkeit, Abwendung von demokratischen Verfahren verfestigen sich. Die Zunahme der Dauernichtwähler kreuzt sich mit zwei weiteren Befunden der empirischen Wahlforschung: mit der geringeren Beteiligung jüngerer Wahlberechtigter im Vergleich zu älteren – und mit der sozialen Asymmetrie der Wahlbeteiligung.

Die Beteiligung jüngerer Wahlberechtigter liegt teilweise um 20 Prozentpunkte niedriger als die bei älteren Jahrgängen. Zwar steigt sie nach Eintritt in das Berufsleben an, doch erreicht sie nicht mehr das Niveau früherer Alterskohorten. Eine Erklärung hierfür ist die abnehmende Verinnerlichung einer früher ausgeprägten Wahlnorm, also des demokratischen Pflichtgefühls, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Vor allem unter den jungen Erwachsenen mit geringer formaler Bildung geht über die Hälfte nicht mehr zur Wahl. Die Art und Weise, wie junge Menschen in die Demokratie hineinwachsen, hat sich verändert. Angebote der politischen Bildung und des Politikunterrichts müssen entsprechend weiter verstärkt und an die Realitäten junger Menschen angepasst werden.

Weitere Befunde aus Nichtwähler-Befragungen sind: Erklärte Nichtwähler und Nichtwählerinnen zeichnen sich durch besonders negative und pessimistische Einschätzungen ihrer persönlichen Lebenswirklichkeiten aus. Sie sind vor allem politisch enttäuscht. Eine wachsende Zahl von Nichtwählern verabschiedet sich zugleich dauerhaft von jeglichen Formen der politischen Teilhabe, und dies vor allem aus dem Gefühl der Ohnmacht heraus. Eine Mehrheit der Nichtwähler spricht sich selbst die Urteilskompetenz in Sachen Politik ab und nimmt nicht an politischen Diskursen teil. Viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler verbinden das Gefühl der Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren mit meist nicht näher konkretisierbarem und diffusem Misstrauen gegenüber den Vertretern der etablierten Parteien. Es herrscht ein Gefühl, dass die Politik nichts mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun hat. Es machen vor allem Menschen überproportional keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht, die ein vergleichsweise niedriges formales Bildungsniveau aufweisen, die einkommensschwach sind, in «prekären Stadtvierteln» und strukturschwachen Regionen leben.

Unter den politischen Stiftungen ist umstritten, welche Bedeutung die soziale Asymmetrie in der Wahlbeteiligung auf die Qualität des Wahlergebnisses hat. Sie ist nicht das alleinige Charakteristikum der Nichtwahl. Manche sehen darin ein normatives Problem von Repräsentativität und Legitimität. Für andere stehen Aspekte wie etwa die Modernisierung von Wahlverfahren im Mittelpunkt. Angesichts der Vielschichtigkeit der Ursachen sinkender Beteiligung und der Motive der Nichtwählerinnen und Nichtwähler war nicht zu erwarten, dass am Ende der Zusammenarbeit der politischen Stiftungen eine gemeinsame Agenda, gar eine Art Königsweg zur Steigerung der Wahlbeteiligung stehen würde.

Unterschätzt werden dürfen auch nicht die Reformansätze, die sich mit der Frage befassen, wie Wahlen attraktiver gestaltet wer-

den kann. Ist das Wahllokal, zumal jenes in Schulen, noch ein angemessener Ort? Sollten Wahltermine zusammengefasst werden? Ist der «analoge» Gang zur Wahlurne im digitalen Zeitalter überholt? Entsprechende Beispiele aus skandinavischen und baltischen Staaten mit Möglichkeiten und Grenzen «technisch-organisatorischer» Wahlreformen bildeten einen Arbeitsstrang der gemeinsamen Initiative. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland böte die Möglichkeit, in ausgewählten Ländern und Kreisen einzelne Reformvorschläge einem Praxistest zu unterwerfen und die Erfahrungen auch mit den bereits bestehenden unterschiedlichen Wahlsystemen zu prüfen.

Für ausreichend belegt halten wir die These, dass die Wahlbeteiligung steigt, je offener der Wahlausgang und je deutlicher die Richtun-

gen und Alternativen sind, zwischen denen entschieden werden kann. Auch ist man sich einig, dass die Wahlbeteiligung sinkt, wenn die Auffassung verbreitet ist, dass sich durch den Wahlausgang ohnehin nichts ändern wird und «die Politik» nichts ausrichten kann.

Ein Sinken der Wahlbeteiligung sollte langfristig nicht hingegenommen werden. Für alle Akteure in der Politik und in der politischen Bildung muss es weiterhin und in den nächsten Jahren verstärkt eine zentrale Aufgabe sein, die Bedeutung der Wahl in der Demokratie immer wieder zu unterstreichen und zu vermitteln.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe «Demokratie wähle ich kreuzweise» der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Hanns-Seidel-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN

Friederike Bahl ist Soziologin und Wissenschaftlerin am Hamburger Institut für Sozialforschung. Ihre Schwerpunkte sind Wandel der Arbeitswelt, Soziologie sozialer Ungleichheit und politische Soziologie.

Elmar Brähler war bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2013 Professor und Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt.

Oliver Decker ist wissenschaftlicher Angestellter an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig und seit 2013 Vorstandssprecher des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Auf Einladung der School of Visual Arts (New York) ging er 2015 als Visiting Professor an das dortige Department of Critical Theory.

Dirk Jörke war von 2000 bis 2001 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist nach Stationen in Greifswald, Hamburg und Cambridge (Mass.) seit 2014 Professor für Politische Theorie und Ideen-

geschichte an der TU Darmstadt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Demokratietheorie, der Populismusforschung sowie der Geschichte des politischen Denkens.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt. Seine Themenschwerpunkte sind Sozialstruktur- und Klassenanalyse, Demokratie und Wahlen.

Toralf Stark ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Seine Schwerpunkte liegen in der demokratischen Repräsentations- und Responsivitätsforschung, der politischen Kultur- und Einstellungsforschung und den Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft.

Carsten Wegscheider ist Student in den Masterprogrammen «Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel» und «Survey Methodology» an der Universität Duisburg-Essen. Zurzeit ist er als Erasmus-Student in Cluj-Napoca (Rumänien) und nimmt am Masterprogramm «Research Design and Data Analysis» an der Babeş-Bolyai-Universität teil.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Klaus Boehnke, Anne Leiser, Özen Odagğ

GEWALT IM DISKURS

SOZIALE MEDIEN ALS RADIKALISIERUNGS-
PLATTFORM FÜR PROTESTE GEGEN GEFLÜCH-
TETE IN BREMEN, HALLE UND STUTT GART

STUDIE 1/2017

Januar 2017, 41 Seiten

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/14416



Friedrich Burschel (Hrsg.)

DURCHMARSCH VON RECHTS

VÖLKISCHER AUFBRUCH: RASSISMUS,
RECHTSPOPULISMUS, RECHTER TERROR

MANUSKRIPTE Nr. 17, 2. erweiterte und überarbeitete Auflage

Mai 2017, 188 Seiten

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/8811



EINWANDERUNGSSCHLAND

Heft 1/2017 der Zeitschrift «LuXemburg»

widmet sich den Herausforderungen linker Politik
im Einwanderungsland Deutschland.

Mai 2017, 148 Seiten

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/14813

«luxemburg argumente»



Stefanie Majer

«PASS AUF, DER WILL DEINEN KEKS!»

MYTHEN UND FAKTEN ZUR NEUEN SOZIALEN UNSICHERHEIT

luxemburg argumente Nr. 12

November 2016, 56 Seiten

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/9169



Susanne Lang

OFFENES GEHEIMNIS

MYTHEN UND FAKTEN ZU ÜBERWACHUNG UND DIGITALER SELBSTVERTEIDIGUNG

luxemburg argumente Nr. 10

August 2016, 40 Seiten

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/9169



Anna Schiff

IST DOCH EIN KOMPLIMENT ...

BEHAUPTUNGEN UND FAKTEN ZU SEXISMUS

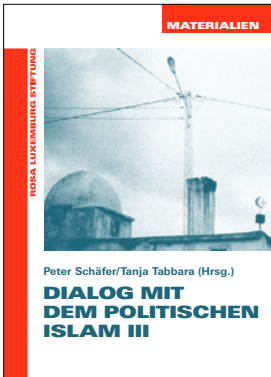
luxemburg argumente Nr. 9

Juni 2016, 40 Seiten

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/8932

ZULETZT ERSCHIENENE «MATERIALIEN»



Peter Schäfer/Tanja Tabbara (Hrsg.)

DIALOG MIT DEM POLITISCHEN ISLAM III

MATERIALIEN Nr. 20

Januar 2017, 32 Seiten

Download und Bestellung unter:
[www.rosalux.de/publication/...](http://www.rosalux.de/publication/)



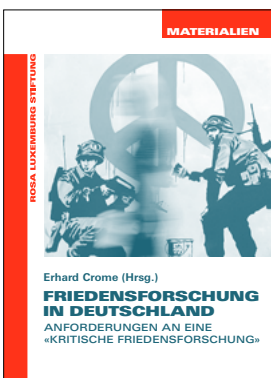
Bernd Hüttner/Gregor Kritisidis (Hrsg.)

DAS KPD-VERBOT 1956 VORGESCHICHTE UND FOLGEN DER ILLEGALISIERUNG DER KPD IN WESTDEUTSCHLAND

MATERIALIEN Nr. 19

September 2016, 44 Seiten

Download und Bestellung unter:
[www.rosalux.de/publication/...](http://www.rosalux.de/publication/)



Erhard Crome (Hrsg.)

FRIEDENSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

ANFORDERUNGEN AN EINE
«KRITISCHE FRIEDENSFORSCHUNG»

MATERIALIEN Nr. 18

Juli 2016, 56 Seiten

Download und Bestellung unter:
[www.rosalux.de/publication/...](http://www.rosalux.de/publication/)

Impressum

MATERIALIEN Nr. 21

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Juni 2017

Titelbild: picture alliance/dpa (Landtagswahl Sachsen-Anhalt)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«Eine sinkende Wahlbeteiligung wird vielfach als «Gefahr für die Demokratie» gewertet, auch als massenhafte Kritik an einem «undemokratischen Zustand der Demokratie» [...]; ebenso als Kritik am Zustand «der Parteien», ihrer vermeintlichen Ununterscheidbarkeit, wahlweise als Ergebnis ihrer Lebens- und Alltagsfremdheit. Alle diese Interpretationen unterstellen ein gemeinsames Motiv und eine gewisse Homogenität der WahlenthalterInnen.»

HORST KAHRS